

Antiamerikanismus als „Master Frame“ – Strukturelle Spannungen und Protest in Südkorea

Thomas Kern

1 Antiamerikanismus in Südkorea

Die unterschiedlichen Festveranstaltungen zum 1. März 2003, dem offiziellen Feiertag der Unabhängigkeitserklärung von 1919, haben deutlich gemacht, dass sich quer durch die südkoreanische Gesellschaft ein tiefer Riss zieht. Stein des Anstoßes ist das Verhältnis zu den USA. Auf einer Veranstaltung vor der City Hall in Seoul versammelten sich schätzungsweise 100.000 Menschen, um gegen Nordkorea und für das Verbleiben der amerikanischen Truppen im Lande zu demonstrieren. Viele der Teilnehmer schienen alt genug, um sich noch selbst an die Schrecknisse des Koreakriegs (1950-1953) erinnern zu können. Das Publikum folgte den Reden prominenter Konservativer und sang christliche Lieder. Als Veranstalter zeichneten Veteranenorganisationen und zahlreiche protestantische Kirchen. Im scharfen Kontrast dazu marschierten am selben Tag, nur wenige Stunden später, Tausende von Jugendlichen und Studenten durch die Innenstadt zur US-Botschaft, skandierten anti-amerikanische Parolen und übten in Interviews scharfe Kritik an der Nordkoreapolitik der Bush-Administration.

Der Antiamerikanismus in Südkorea hat sich in den vergangenen Jahren zu einer ersten Belastung für die koreanisch-amerikanischen Beziehungen entwickelt. Wurde das Problem bisher nur mit einer kleinen Minderheit so genannter „Radikaler“ in Verbindung gebracht, findet die Kritik an den USA heute in beinahe allen Schichten der Gesellschaft Anklang. Das Spektrum der Sympathisanten reicht von der progressiven politischen Elite über die Intellektuellen bis hin zur jüngeren Generation. Viele Politiker und Experten beobachten mit Sorge diese zunehmende Entfremdung im Verhältnis zwischen beiden Ländern (Kim 2002). Nicht wenige haben

die Befürchtung, dass sich bei anhaltender Uneinigkeit auf Dauer die Sicherheitslage auf der Halbinsel dramatisch verschlechtern könnte.

Der folgende Artikel wird sich mit den Ursachen für die zunehmend kritische Haltung vieler Südkoreaner gegenüber den USA beschäftigen. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass der so genannte Antiamerikanismus untrennbar mit dem Proamerikanismus der südkoreanischen Elite verbunden ist. Über Jahrzehnte hinweg repräsentierte der Proamerikanismus im gesellschaftlichen Diskurs das offiziell erwünschte „public transcript“ (Scott 1990),¹ während der Antiamerikanismus als das „hidden transcript“ der gesellschaftlichen Opposition hinter die Kulissen des öffentlichen Theaters verbannt war. Die Zuspitzung des Konflikts zwischen beiden Seiten resultiert daraus, dass sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den vergangenen Jahren zu Ungunsten der bisher unangefochtenen Elite verschoben haben. Die Qualität dieser Veränderungen wird im Verlauf der Studie an Fallbeispielen aus den Bereichen Bildung, Politik, Wirtschaft und Religion ausführlich dokumentiert. Die Argumentation bewegt sich dabei hauptsächlich im Rahmen der soziologischen Protestforschung.

Im folgenden Abschnitt 2 geht es um das Image der USA. Anhand von Umfrageergebnissen wird eine detaillierte Übersicht über das gegenwärtige Meinungsbild in Südkorea gegeben. In Abschnitt 3 werden methodische und semantische Probleme beleuchtet, die mit dem Diskurs über den Antiamerikanismus verbunden sind. In Abschnitt 4 steht das Erscheinungsbild des südkoreanischen Antiamerikanismus im Mittelpunkt: Auf der Grundlage des Framing-Ansatzes aus der Protestforschung werden die inhaltlichen Dimensionen des Phänomens untersucht. Dabei geht es um die (1) Problemdefinitionen und (2) Lösungsvorschläge der Amerikakritiker sowie (3) die historische Deutung der koreanisch-amerikanischen Beziehungen. Abschnitt 5 beschäftigt sich mit den strukturellen Ursachen des Phänomens. Im Mittelpunkt steht dabei die Konkurrenz zwischen „Etablierten“ und „Außenseitern“ (Elias und Scotson 1993) in den Bereichen Bildung, Politik, Wirtschaft und Religion. Die zentrale These lautet, dass der Antiamerikanismus die Funktion eines Bedeutungsrahmens (Master Frame) erfüllt, auf dessen Grundlage verschiedene soziale Gruppen trotz abweichender Interessen ihre Ressourcen zusammenlegen und eine Allianz bilden. Ihr gemeinsamer Gegner ist die proamerikanische Elite. In Abschnitt 6 folgt eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Argumente.

2 Das negative Image der USA

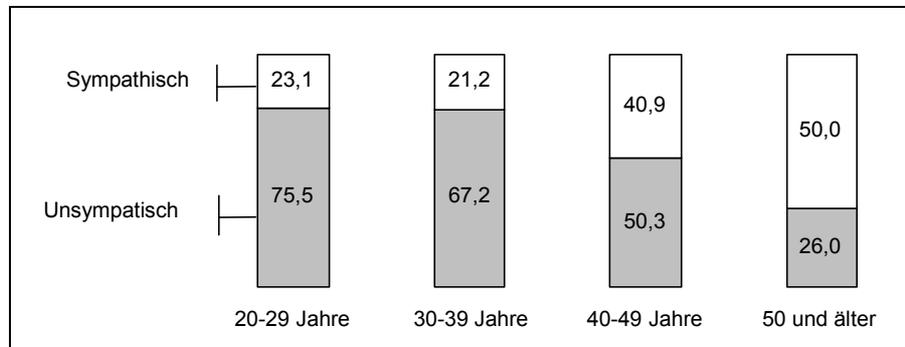
Wie aktuelle Umfragedaten zeigen, ist es um das Image der USA in Südkorea nicht zum Besten bestellt. Obgleich in Rechnung gestellt werden muss, dass die Ergebnisse von Standardrepräsentativumfragen enormen tagespolitischen Schwankungen unterliegen, belegen sie deutlich, dass sich seit einigen Jahren in Bezug auf die USA das Meinungsklima in Südkorea zunehmend verschlechtert. Dabei zeigt sich, dass

¹ Das „public transcript“ verläuft „in close conformity with how the dominant group would wish to have things appear“ (Scott 1990: 4).

vor allem die jüngere Generation den USA kritisch gegenübersteht, während die ältere Generation den USA noch immer starke Sympathie entgegenbringt. Dies wird im Folgenden an ausgewählten Beispielen zu den Themen „Sympathie gegenüber den USA“, „Einschätzung der Sicherheitslage“ und „Forderung nach einem Truppenabzug“ deutlich.

a) *Sympathie gegenüber den USA*: Die Sympathie gegenüber den USA hat in den vergangenen 10 Jahren dramatisch abgenommen. Bei einer Gallup-Umfrage im Dezember 2002 (Gallup-Korea 2002a) gaben 37,2 Prozent der Befragten an, dass die USA ihnen sympathisch sind, während sich 53,7 Prozent ablehnend äußerten. Im Vergleich dazu bekundeten acht Jahre zuvor auf die gleiche Frage noch 63,7 Prozent ihre Sympathie gegenüber den USA, während nur 15,1 Prozent ihre Ablehnung zum Ausdruck brachten. Das heißt, zwischen 1994 und 2002 hat sich der Anteil der USA-Sympathisanten unter der südkoreanischen Bevölkerung um 26,5 Prozentpunkte verringert, während der Anteil derjenigen mit einer negativen Meinung sich um 38,6 Prozentpunkte vergrößert hat. Dabei zeigt sich, dass – was die Wahrnehmung der USA anbelangt – zwischen den Generationen ein tiefer Graben verläuft (vgl. Abbildung 1): In der Altersgruppe 20-29 ist die Ablehnung mit 75,5 Prozent am stärksten ausgeprägt, während der entsprechende Wert bei den über 50-Jährigen bei nur 26 Prozent liegt.

Abbildung 1: Wie sympathisch sind Ihnen die USA? (nach Alter, in Prozent)



Quelle: Die Angaben stammen aus zwei unterschiedlichen Umfragen im Jahr 2002: Die Werte für „sympathisch“ aus Gallup-Korea (2002b), die Werte für „unsympathisch“ aus Gallup-Korea (2002a).

Die größte Antipathie gegenüber den USA findet sich mit 76,9 Prozent bei den Frauen in der Altersgruppe 20-29, die geringste Antipathie bei den Frauen in der Altersgruppe der über 50-Jährigen mit 23,8 Prozent. Unter dem Gesichtspunkt der Bildung zeigt sich, dass – bei einer ähnlichen Umfrage im Frühjahr 2002 (Gallup-Korea 2002b) – die Antipathie gegenüber den USA unter den höher Gebildeten besonders stark ausgeprägt ist: Nur 28,4 Prozent der Universitätsabsolventen und

29,4 Prozent der Highschool-Absolventen gaben an, dass die USA ihnen sympathisch sind. Unter den Middle-School-Absolventen lag der entsprechende Wert mit 52 Prozent um mehr als 22 Prozentpunkte darüber.

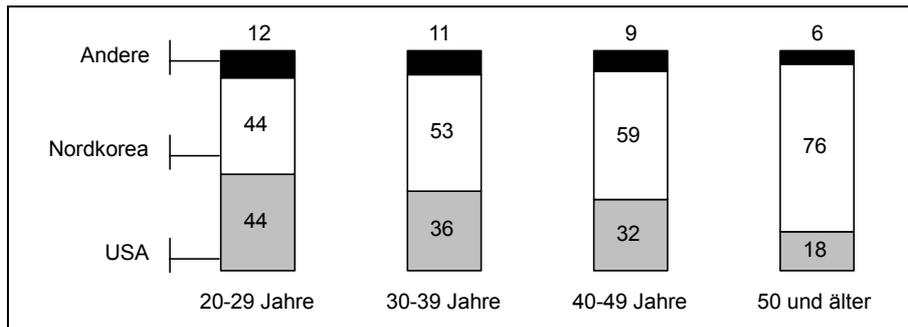
b) Einschätzung der Sicherheitslage: Im Hinblick auf die Sicherheitslage sind unter dem Eindruck des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms und des Irakkriegs in jüngster Zeit die Einschätzungen generell pessimistisch geworden (Gallup-Korea 2003b). Im Jahr 2002 hielten nur 33 Prozent der Erwachsenen einen Krieg mit Nordkorea für wahrscheinlich. Dieser Wert hatte sich seit Jahren stetig verringert: 1992 hielten noch 69 Prozent einen Krieg für möglich, 1995 53 Prozent und 1999 43 Prozent. Bis Februar 2003 erhöhte sich dieser Anteil jedoch wieder auf 37 Prozent und bis Juli sogar auf 59 Prozent, was etwa dem Stand von 1995 entspricht. Das heißt, das Gefühl der Bedrohung hat in diesem Zeitraum stark zugenommen.

Obgleich vor allem Nordkorea von 58 Prozent der Südkoreaner als gefährlichster Unsicherheitsfaktor auf der koreanischen Halbinsel angesehen wird, sehen immerhin 32 Prozent – also jeder dritte Erwachsene – die USA als größtes Sicherheitsrisiko an (Gallup-Korea 2003b). Dahinter stehen Befürchtungen, dass die USA mit Waffengewalt im Alleingang das Atomwaffenproblem in Nordkorea zu lösen versuchen. Das Misstrauen richtet sich dabei vor allem gegen den US-amerikanischen Präsidenten. Auf die Frage, wer für den Frieden auf der koreanischen Halbinsel die größere Bedrohung darstellt, nennen immerhin 38 Prozent George Bush jr., der damit nur 4 Prozentpunkte hinter Kim Jong Il liegt (Gallup-Korea 2003a).

Auch bei der Einschätzung der Sicherheitslage ist die gegenüber den USA durchweg misstrauischere Haltung bei der jüngeren Generation auffällig (vgl. Abbildung 2). Auf die Frage, von welchem Land die größte Gefahr für die Sicherheit Südkoreas ausgeht, gaben in der Altersgruppe 20-29 jeweils 44 Prozent sowohl die USA als auch Nordkorea an (Gallup-Korea 2003b). Unter den Studenten in dieser Altersgruppe optierten sogar 49 Prozent für die USA und 44 Prozent für Nordkorea. In der Altersgruppe 30-39 halten 53 Prozent Nordkorea und 36 Prozent die USA für das größte Sicherheitsrisiko, in der Altersgruppe 40-49 59 Prozent Nordkorea und 32 Prozent die USA. In der Altersgruppe der über 50-Jährigen sind die Verhältnisse deutlich anders gelagert als bei den Jüngeren: 76 Prozent halten Nordkorea für das größte Sicherheitsrisiko und nur 18 Prozent die USA.

c) Forderung nach einem Truppenabzug: Das vermutlich sensibelste Thema im Verhältnis zwischen den USA und Südkorea betrifft die auf der Halbinsel stationierten 37.000 US-amerikanischen Soldaten. Vor allem das so genannte Status of Forces Agreement (SOFA), das die Jurisdiktion über US-amerikanische Soldaten in Südkorea in die Hand der US-Behörden legt, sorgt dabei immer wieder für Anstoß. Seit Beginn der 1990er-Jahre kommt es regelmäßig zu Demonstrationen gegen das SOFA, sobald bekannt wird, dass US-amerikanische Soldaten eines kriminellen Vergehens verdächtig sind. Eine der vermutlich größten Protestwellen in diesem Zusammenhang überrollte das Land im Jahr 2002, nachdem amerikanische Soldaten bei einer Übung mit einem Militärfahrzeug zwei südkoreanische Schulmädchen überfahren hatten.

Abbildung 2: Von welchem Land geht die größte Gefahr für Südkoreas Sicherheit aus? (nach Alter, in Prozent)



Quelle: Gallup-Korea (2003b).

Vor diesem Hintergrund fordern gegenwärtig 45 Prozent der südkoreanischen Bevölkerung den Abzug der US-amerikanischen Truppen, während 50 Prozent deren Anwesenheit weiterhin für notwendig halten (Gallup-Korea 2003b). Im Vergleich dazu unterstützten 1992 noch 62 Prozent die Anwesenheit der Amerikaner und nur 21 Prozent waren dagegen. Wie Tabelle 1 auf der Basis einer Umfrage vom Dezember 2002 zeigt, verläuft in dieser Frage erneut ein tiefer Graben zwischen den Generationen (Gallup-Korea 2002a): In den Altersgruppen 20-29 und 30-39 halten sich die Befürworter und Gegner eines Abzugs beinahe die Waage, während in den Altersgruppen 40-49 und über 50 die Gegner mit etwa zwei Dritteln deutlich in der Überzahl sind. Dabei ist bemerkenswert, dass unter denen, die den USA keine Sympathie entgegenbringen, nur 45,8 Prozent für einen Abzug sind, während immerhin 42,9 Prozent dagegen sind. Das heißt, Antipathie gegenüber den USA ist nicht gleichbedeutend mit der Befürwortung eines Truppenabzugs.

Tabelle 1: Abzug der in Südkorea stationierten US-amerikanischen Truppen (nach Alter, in Prozent)

	Dafür	Dagegen
20-29 Jahre	47,2	42,4
30-39 Jahre	42,6	46,6
40-49 Jahre	25,7	61,2
50 Jahre und älter	13,4	67,6

Quelle: Gallup-Korea (2002a).

3 Reden über „Antiamerikanismus“

Wer sich mit dem Thema Antiamerikanismus beschäftigt, befindet sich schnell in einem Irrgarten unterschiedlicher Bedeutungen und Meinungen. Das erste Problem betrifft die Definition des Phänomens. Im Allgemeinen wird Antiamerikanismus als eine relativ stabile Disposition individueller Personen bestimmt. Die Definitionen gehen dabei jedoch weit auseinander: Während beispielsweise Oh von „significant manifestations of anger and hostility towards the United States and its policies, practices, institutions and citizens – either military or civilian“ (Oh 1998: 247) spricht, definiert Yi Antiamerikanismus als „various forms from doubt and disappointment to disdain and opposition against the American government’s policy, culture and society“ (Yi Chai-bong, zit. in: Risse 2001: 89). Dabei gilt: Je weiter die Definition gefasst wird, desto größer fällt der entsprechende Anteil antiamerikanisch denkender Menschen aus. In der Definition von Oh gelten fast nur aggressiv vorgetragene öffentliche Proteste gegen die Vereinigten Staaten als antiamerikanisch, in der Definition von Yi dagegen jede für die USA unvoreilhaftige Meinungsäußerung. Infolgedessen ist die Diagnose je nach Definition beträchtlichen Schwankungen unterworfen.

Das zweite Problem betrifft die Messung antiamerikanischer Einstellungen. Unter methodologischen Gesichtspunkten beziehen sich Dispositionsbegriffe auf Eigenschaften, Fähigkeiten oder Neigungen einer Person, die der unmittelbaren Beobachtung nicht zugänglich sind. Infolgedessen hängt die Qualität der Ergebnisse entscheidend von den Fragen ab, die als Erhebungsinstrument für das Phänomen eingesetzt werden, weshalb viel Sorgfalt auf deren Konstruktion verwendet werden sollte. Eine methodologische Diskussion dieses Problems hat in der einschlägigen Literatur jedoch bisher nicht stattgefunden. Die meisten Autoren beschränken sich auf die sekundäranalytische Auswertung von Umfragedaten, die oft erheblichen tagespolitischen Schwankungen ausgesetzt sind. Außerdem wird der Unterschied zwischen einer kritischen Einstellung gegenüber den USA und Antiamerikanismus nicht hinreichend deutlich. Auf dieser Basis stehen die bisherigen Annahmen über die Verbreitung einer antiamerikanischen Disposition in Südkorea auf einem schwachen methodologischen Fundament.

Das dritte Problem betrifft die wissenssoziologische Interpretation des Antiamerikanismus. Jeder wissenschaftliche Beitrag zum Thema ist – gewollt oder ungewollt – in einen politischen Diskurs eingebettet, in dem entgegengesetzte soziale Interessen miteinander um die öffentliche Definitionshoheit konkurrieren. In diesem Kontext sind Antiamerikanismus oder Proamerikanismus politische Kampfbegriffe, mit denen Individuen und Gruppen stigmatisiert, Mehrheiten mobilisiert und politische Ziele verwirklicht werden. Unter diesem Gesichtspunkt kann eine Etikettierung als antiamerikanisch weitreichende politische, rechtliche und soziale Konsequenzen nach sich ziehen (Bourdieu 1985). Dies gilt gerade in Südkorea, wo Amerikakritiker bis in die frühen 1990er-Jahre hinein mit empfindlichen Sanktionen rechnen mussten (Lee 1994: 129) und das Thema bis heute nichts von seiner politischen Sprengkraft verloren hat.

Die wissenssoziologische Interpretation des Anti Amerikanismus in Südkorea steht im Mittelpunkt des folgenden Artikels. Das heißt, es geht nicht um eine Beschreibung individueller Merkmalsverteilungen oder politischer Probleme des Anti Amerikanismus, sondern darum, die inhaltlichen Positionen im laufenden Diskurs zu analysieren und davon ausgehend die maßgeblichen sozialen Kräfte und kollektiven Interessen zu identifizieren, die hinter dem Phänomen stehen. Im folgenden Abschnitt 4 wird mit Hilfe des in der Protestforschung verbreiteten „Framing-Ansatzes“ das semantische Koordinatensystem des anti Amerikanischen Weltbildes – seine typischen inhaltlichen Bestandteile – nachgezeichnet. Dabei handelt es sich ausdrücklich nicht um ein individuelles Weltbild, sondern vielmehr um eine kommunikative Konstruktion. Insofern es sich hier nur um eine Vorstudie handelt, dienen – im Sinne einer sekundäranalytischen Auswertung – vor allem wissenschaftliche Untersuchungen zum Thema als Informationsquelle (vgl. Bong 2003; Hahm 2003; Hwang 2003; Lee und Jeong 2003).

4 Anti Amerikanismus als Master Frame

Aus wissenssoziologischer Perspektive ist Anti Amerikanismus ein semantischer „Rahmen“ (Goffman 1977) zur Mobilisierung von kollektiven Handlungen. Im Kontext der Protestforschung sind solche Bedeutungsrahmen als „action oriented set of beliefs and meanings that inspire and legitimate the activities and campaigns of a social movement organization“ (Snow und Benford 2000: 614) definiert. Als Kernaufgaben der Rahmenarbeit gelten erstens die Entwicklung von Problemdiagnosen (*diagnostic frames*), zweitens das Angebot von Lösungen (*prognostic frames*), drittens die Ausarbeitung von Motivationsstrategien (*motivational frames*) für tatsächliche und potenzielle Sympathisanten (Snow und Benford 2000: 615-618) und viertens die Rekonstruktion der Vergangenheit und zeitliche Strukturierung von Prozessabläufen (*memory frames*) (Kern 2003).

Wie eine Rahmenanalyse im empirischen Anwendungsfall aussehen kann, lässt sich am Beispiel einer Postkartenkampagne nachvollziehen, mit der südkoreanische Protestgruppen Anfang der 1990er-Jahre den US-amerikanischen Präsidenten auf die Straftaten amerikanischer Soldaten in Südkorea aufmerksam zu machen versuchten:

To: President Bill Clinton

Members of the US army commit more than 2000 crimes in Korea every year. [...] As supreme commander of the US army, you should take concrete countermeasures to eradicate the criminal activities of US troops in Korea, and these measures must include the revision of the Status of Forces Agreement.

We Korean people must defend ourselves against the crimes of your army. Therefore we are appealing to you by a postcard campaign which will continue until proper action is taken. (Zit. in: Lee 1994: 291-292)

Die Problemdiagnose dieses Schreibens setzt an den Straftaten US-amerikanischer Soldaten in Südkorea an. Als Lösung wird – daran hat sich bis heute nichts Grundlegendes geändert – eine Überarbeitung des SOFA empfohlen. Die Postkartenkampagne versteht sich als ein wesentliches Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Als Motivation wird darauf verwiesen, dass sich das koreanische Volk gegen die Straftaten amerikanischer Soldaten verteidigen muss. Auf die Vergangenheit wird nicht direkt Bezug genommen, nur durch den Verweis auf die jährliche Zahl der Straftaten. Diese Andeutung gibt einen Hinweis – wenn auch schwach – auf die Interpretation der Vergangenheit als eine „Leidensgeschichte“ des koreanischen Volkes mit den US-amerikanischen Truppen.

Die Protestforschung unterscheidet zwischen den herkömmlichen Bedeutungsrahmen (Frames) und den so genannten Master Frames. Im ersten Fall geht es um den Protestgegenstand einer bestimmten Gruppe oder Organisation, im zweiten Fall um eine gemeinsame Problemdefinition unterschiedlicher kollektiver Akteure. Davon ausgehend erfüllen Master Frames zwar die gleiche Funktion wie herkömmliche Frames, unterscheiden sich jedoch darin, dass sie auf einem allgemeineren Niveau formuliert sind und daher ein breiteres Spektrum von Problemen abdecken:

Master Frames are to movement-specific collective action frames as paradigms to finely tuned theories. Master Frames are generic, specific collective action frames are derivative. (Snow und Benford 1992: 138)

Ihre besondere Bedeutung besteht in der hohen Anschlussfähigkeit für unterschiedliche Interessen. Auf dieser Basis ermöglichen sie eine Kooperation zwischen Gruppen, die ansonsten kaum etwas miteinander zu tun haben – beispielsweise christliche und sozialistische Protestgruppen. Wie weiter unten deutlich wird, erfüllt der Anti-amerikanismus genau diese Funktion. Im Folgenden werden die charakteristischen Inhalte dieses Bedeutungsrahmens dargestellt. Dabei sei betont, dass es sich um eine idealtypische Rekonstruktion des Anti-amerikanismus handelt, die im konkreten Einzelfall der Beobachtung nicht zugänglich ist. Im öffentlichen Diskurs werden meist nur einzelne Fragmente dieses Bedeutungsrahmens aktualisiert.

In Abschnitt 4.1 werden die Problemdefinitionen (*diagnostic framing*) und die entsprechenden Lösungsvorschläge (*prognostic framing*) vorgestellt, auf die sich die Kritik an den USA im öffentlichen Diskurs bezieht. In Abschnitt 4.2 steht die Geschichtsrekonstruktion (*memorial framing*) des Anti-amerikanismus im Mittelpunkt. Auf eine Untersuchung des *motivational framing* wird im Folgenden verzichtet, weil die Diskussion der unterschiedlichen Motivationstechniken den Rahmen dieser Abhandlungen überschreiten würde.

4.1 Diagnose und Prognose

Ausgangspunkt der Problemdiagnose ist das starke Machtgefälle in der Beziehung zwischen den USA und Südkorea. Generell besteht dabei eine große Nähe zwischen dem Anti-amerikanismus, Anti-imperialismus und Antijapanismus. Stark zugespitzt formuliert beruht dieses Weltbild auf der Annahme, dass die politischen und öko-

nomischen Institutionen der südkoreanischen Nachkriegsgesellschaft im Wesentlichen von den USA entworfen wurden, um deren eigene Interessen in der Region besser verwirklichen zu können (Lee 1993: 17). Als Konsequenz, so die Vertreter des amerikakritischen Lagers, haben die meisten Konflikte in Südkorea in der einen oder anderen Weise ihre Ursache in der Struktur der amerikanisch-koreanischen Beziehungen.

Today's South Korean society is, in its fundamental nature, a neo-colonial society. [...] The principal contradiction that generates all other problems is the contradictory relationship between the U.S./Japan imperialism and the people of South Korea. (Kim Sung-bo, zit. in: Lee 1993: 125)

Ausgehend von diesem Standpunkt reagiert die Öffentlichkeit mit großer Empfindlichkeit, sobald US-amerikanische Eingriffe in die südkoreanische Souveränität wahrgenommen werden. Angesichts der engen Verflechtung und des großen Machtgefälles zwischen beiden Ländern kann somit beinahe jedes Vorkommnis zu einer Explosion des Unbehagens mit den USA führen. Davon ausgehend konzentrierte sich die Auseinandersetzung in den letzten Jahren vor allem auf das Status of Forces Agreement und die umstrittene Nordkoreapolitik der Bush-Administration. Als Lösung wird von der Regierung im ersten Fall ein SOFA gefordert, das nicht hinter den entsprechenden Vereinbarungen der USA mit Großbritannien, Deutschland oder Japan zurücksteht. Im zweiten Fall wird von der südkoreanischen Regierung das Festhalten an den Grundlinien der Sonnenscheinpolitik verlangt, auch wenn die USA eine andere politische Meinung vertreten.

a) Status of Forces Agreement (SOFA): Der Streit über die juristische Zuständigkeit bei Straftaten US-amerikanischer Militärangehöriger führt seit Jahrzehnten regelmäßig zu öffentlichen Protesten gegen die USA. Beispielsweise 1962 empörte sich die öffentliche Meinung, nachdem US-Soldaten zwei koreanische Forstarbeiter erschossen hatten. Tausende von Studenten verlangten in Demonstrationen den Abschluss eines Vertrages, der den rechtlichen Status krimineller US-Soldaten in Südkorea regelt (Lee 1994: 131-132). Obwohl die südkoreanische Regierung seit 1953 auf eine entsprechende Vereinbarung gedrängt hatte, wurde das SOFA erst 1967 ratifiziert. Insofern der südkoreanischen Justiz darin kein Zugriff auf straffällige US-Soldaten eingeräumt wurde, wurde es von vielen Südkoreanern als unbefriedigend angesehen. Schon nach kurzer Zeit wurde deshalb ein „zweites SOFA“ gefordert.

In den Jahren 1991 und 2001 wurde das SOFA zwar dahingehend geändert, dass der südkoreanischen Justiz in genau definierten Fällen ein Zugriff auf die Straftäter eingeräumt wird, die Regelung gilt vielen aber weiterhin als nicht ausreichend. Zudem wird den koreanischen Behörden oft vorgeworfen, dass sie freiwillig auf eine Strafverfolgung verzichten. Ein entscheidender Wendepunkt im öffentlichen Diskurs über das SOFA erfolgte im Januar 1992, als der brutale Mord eines GI an einer koreanischen Prostituierten bekannt wurde (Lee 1994: 289-293). Von diesem Zeitpunkt an nahm die Auseinandersetzung um das SOFA eine neue Qualität an. Es kam zu heftigen öffentlichen Protesten, koreanische Taxifahrer boykottierten sogar US-

Militärangehörige. Im November 1992 gründeten einige Aktivisten eine so genannte Joint Commission for Countermeasures, die sich der öffentlichen Aufarbeitung dieses Falles annahm. Sie veranstaltete Pressekonferenzen, stattete US-amerikanischen Militärbasen Besuche ab und forderte immer wieder eine öffentliche Entschuldigung. Diese Aktivitäten wurden von Studenten mit Demonstrationen und Hungerstreiks unterstützt. Die Joint Commission gab 1993 einen Antiamerikanismus-Reader heraus, in dem das US-Militär einer scharfen Kritik unterzogen wurde.

Als im Mai 1993 erneut ein Missbrauchsfall bekannt wurde, schwoll die Ablehnung gegenüber den US-Truppen weiter an. Flugblätter wurden verbreitet, um auf die Verantwortung von US-Soldaten aufmerksam zu machen, und mit Hilfe einer Postkartenkampagne (vgl. oben) wurde versucht, eine Revision des SOFA durchzusetzen. Von Juli 1993 an wurde regelmäßig ein Theaterstück aufgeführt („Rosel“), in dem es um den Missbrauch einer Frau ging. Obgleich es nicht unmittelbar mit den Fällen in Südkorea zu tun hatte, wurde es erfolgreich in die Kampagne integriert und von den Mitgliedern der Joint Commission genutzt, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Mit den Einnahmen aus dem Stück wurde eine Organisation gegründet, die sich die Aufklärung über US-amerikanische Straftaten gegenüber Koreanern zum Ziel setzte.

Seitdem vergeht beinahe kein Tag, ohne dass irgendwo profunde Kritik am SOFA geübt wird. Neben Missbrauchsfällen richtete sich die Kritik in jüngster Zeit zunehmend gegen Fälle schwerer Umweltverschmutzung auf amerikanischen Militärbasen, beispielsweise die illegale Entsorgung von Giftfässern im Februar 2000, deren Inhalt in den Han-Fluss gelangte, aus dem Seoul sein Trinkwasser bezieht. Ein anderer Fall, der zu großem Unmut führte, war der unbeabsichtigte Abwurf von Bomben über zivilem Territorium im Mai 2002. Dabei wurden ein Dutzend Personen verletzt und zahlreiche Häuser beschädigt. Ihren jüngsten Höhepunkt erreichten die Proteste in der zweiten Jahreshälfte 2002, nachdem bekannt geworden war, dass ein US-amerikanisches Militärfahrzeug zwei koreanische Schulmädchen überfahren hatte. Nachdem die beiden Fahrer von der US-amerikanischen Justiz freigesprochen worden waren, fanden über Wochen hinweg in Seoul Lichterkettendemonstrationen statt, an denen sich Tausende beteiligten. Unter dem wachsenden öffentlichen Druck sah sich sogar der US-amerikanische Präsident Bush genötigt, öffentlich sein Bedauern über den Vorfall zu äußern. Außerdem spricht einiges dafür, dass die Demonstrationen einen signifikanten Einfluss auf das Ergebnis der Präsidentenwahl 2002 ausgeübt haben.

b) Die veränderte Nordkoreapolitik der USA: Seit dem Antritt der Bush-Administration werden die USA zunehmend als eines der größten Hindernisse für eine Aussöhnung mit Nordkorea angesehen. Präsident Kim Dae-jung hatte mit seiner populären Sonnenscheinpolitik – dem Gipfeltreffen mit dem nordkoreanischen Staatsoberhaupt Kim Jong Il und dem Zustandekommen von mehreren Treffen zwischen getrennten Familien – weit mehr erreicht, als viele zu hoffen gewagt hatten. Damit verbunden war nicht nur das Gefühl, auf dem Weg zur Wiedervereinigung eine große Strecke weitergekommen zu sein, sondern auch die Hoffnung auf ein Stück normales All-

tagsleben, wie es in den meisten industrialisierten Ländern der Fall ist, ohne ein nationales Sicherheitsgesetz oder die allgegenwärtige Gefahr eines plötzlichen Kriegsausbruchs.

Wie in den oben zitierten Umfragen deutlich geworden ist, hat sich mit dem Auftauen des politischen Klimas auf der Halbinsel die Einschätzung der Sicherheitslage dramatisch verändert. Immer weniger Südkoreaner, vor allem in der jüngeren Generation, sehen in Nordkorea eine Gefahr für den Frieden. In ihrer Wahrnehmung geht die Bedrohung mittlerweile hauptsächlich von den USA aus. Die ablehnende Haltung der Bush-Administration gegenüber der von Clinton unterstützten Sonnenscheinpolitik und die Rede zur „Axis of Evil“ im Januar 2002 sorgte in Südkorea für beträchtliche Irritationen. Das Ausbleiben eines Gegenbesuchs durch den nordkoreanischen Staatschef in Seoul und das Scheitern von Vereinbarungen über zusätzliche vertrauensbildende Maßnahmen wurden größtenteils den USA zugeschrieben.

Perhaps for the first time in the South's political history, it appeared to so many particularly young Koreans, that the Americans were more threatening to their country than the communist threat from across the demilitarized zone. (Cha 2003: 281)

In der Folge entstand bei vielen der Eindruck, dass die USA den Status quo auf der Halbinsel um jeden Preis erhalten wollen. Mit dem Bekanntwerden des nordkoreanischen Atomprogramms wuchs außerdem die Angst vor einem US-amerikanischen Präventivschlag, der unvermeidlich in einer Katastrophe enden würde. Diese Befürchtungen verstärkten sich, als die USA im März 2003 ihre Truppen aus der Reichweite der nordkoreanischen Artillerie heraus nach Süden verlegten. Die Protestwelle im Zusammenhang mit den Lichterkettendemonstrationen 2002 war in hohem Maße von dieser Wahrnehmung der amerikanischen Politik geprägt. Ähnliches gilt für die mehrheitlich scharfe Ablehnung der Südkoreaner gegenüber einer Beteiligung am Irakkrieg.

4.2 Kollektive Erinnerung

Aus der Perspektive des antiamerikanischen Weltbildes bilden die heutigen Probleme im Verhältnis zwischen den USA und Südkorea nur die Fortsetzung in einer langen historischen Kette von Enttäuschungen. Die Kritik an den USA bezieht ihre Überzeugungskraft zu einem großen Teil aus dem Hinweis auf negative Erfahrungen in der Geschichte. Indem einzelne negative Ereignisse aus dem historischen Strom der Geschehnisse herausgegriffen und hervorgehoben werden, entsteht der Eindruck eines stetig wiederkehrenden Musters, in dem die USA Korea zu Gunsten ihrer eigenen nationalen Interessen „im Stich“ lassen. Der Tod der beiden Schulkinder, die Umweltverschmutzung auf amerikanischen Militärbasen, die Ablehnung der Sonnenscheinpolitik erscheinen dabei nur als Wiederholung dieses immer gleichen Motivs.

Es folgt eine Darstellung der wesentlichen Ereignisse, die in diesem Zusammenhang als relevant angesehen werden können. Dabei soll es nicht darum gehen, über die Geschichtsdeutung der antiamerikanischen Bewegung ein Urteil zu fällen. Histo-

rische Fakten sprechen nicht für sich selbst, sondern lassen stets Raum für unterschiedliche Deutungen: Die Gegner des antiamerikanischen Bedeutungsrahmens würden vermutlich zu einer vollkommen anderen Einschätzung kommen als die Befürworter. Das Ziel des folgenden Abschnitts besteht vor diesem Hintergrund darin, dem Leser einen Einblick zu vermitteln, wie die Erfahrungen mit den USA in einem Mainstream des öffentlichen Geschichtsdiskurses interpretiert und ausgewertet werden. Als Schlüsselereignisse gelten die US-amerikanische Besatzung von 1945 bis 1948, die Teilung Koreas, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Japan 1964, die Niederschlagung der Gwangju-Demonstrationen 1980 und die so genannte IMF-Krise 1997.

1) *US-amerikanische Besatzung (1945-1948)*: Viele Südkoreaner sind der Überzeugung, dass die USA in Südkorea ihre „Ursünde“ begangen haben, als sie gegen den Willen einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung eine ihr wohlgesonnene Regierung in Seoul einsetzten. Als die amerikanischen Truppen Anfang September 1945 in Südkorea landeten, trafen sie auf eine voll funktionsfähige Verwaltung. Nach ihrer Kapitulation hatten die Japaner die Regierung in die Hände koreanischer Widerstandskämpfer gelegt. Diese Gruppe aus mehrheitlich linksorientierten Nationalisten wurde zur Keimzelle der Korean People's Republic (KPR), die bis September landesweit ein Netz aus Volkskomitees organisiert hatte, in denen über die Einhaltung der staatlichen Ordnung gewacht wurde.² Diese arbeiteten eng mit Bauerngewerkschaften zusammen, die in großer Zahl aufspossen. Der US-Militärverwaltung stand die KPR jedoch zu weit links. Sie vermutete dahinter eine sowjetische Initiative, um ganz Korea unter den Einfluss des Kommunismus zu bringen.

Infolgedessen erklärte die US-Militärverwaltung alle politischen Organisationen, auch die gut funktionierenden Volkskomitees, für aufgelöst und verlangte, dass sie sich einem staatlichen Zulassungsverfahren unterwerfen. Zugleich wurden zahlreiche Mitarbeiter der Volkskomitees aus Regierungsfunktionen entlassen und teilweise inhaftiert. Damit geriet das Land in kurzer Zeit an die Schwelle eines Bürgerkriegs: „A mass popular resistance from 1945 to 1950 mingled raw peasant protest with organized labor union activity and, finally, guerilla resistance“ (Cumings 1997: 202). Schon am 15. November 1945 kam es beispielsweise in der nördlichen Jeolla-Provinz zu Massenprotesten, weil einige lokale Führer festgenommen worden waren.

Um die unüberschaubare Situation wieder unter Kontrolle zu bekommen, ging die Militärverwaltung mit harter Hand gegen die Volkskomitees und Bauerngewerkschaften vor und stigmatisierte ihre Mitglieder, trotz beträchtlicher ideologischer Unterschiede, pauschal als Kommunisten. Darüber hinaus belebte sie den verhassten

² „[...] the PCs [People's Committees; T.K.] preserved the peace and collected taxes, preventing looting, bloodshed, and rioting. Some PCs even took a census, assembled other vital statistics, and had armed defense units, posing a threat to military government“ (Shin 1994 : 1604).

Polizeiapparat der japanischen Kolonialverwaltung wieder, um ihrer Autorität im Land Geltung zu verschaffen:

About 85% of the notorious Korean Policemen who had records of brutality in arresting and torturing their fellow countrymen were retained and continued to abuse their power under American auspices. Korean peasants, of course, regarded restoration of the colonial system and reappointment of collaborators to key positions as unjust and illegitimate. (Shin 1994: 1604)

In den folgenden Jahren kam es regelmäßig zu schweren Zusammenstößen mit teilweise bürgerkriegsähnlichen Zügen. Tragische Höhepunkte waren die Niederschlagung von Rebellionen auf der Insel Jeju und in der Region Yeosu im Jahr 1948 mit einer beträchtlichen Zahl ziviler Opfer. Den USA wird dabei von vielen Koreanern bis heute eine erhebliche Mitverantwortung zugeschrieben. In diesem Kontext wird die US-amerikanische Besetzung der koreanischen Halbinsel von vielen bis heute nicht als Befreiung, sondern als Teil einer imperialistischen Machtpolitik angesehen:

The goal of the American occupation was not simply to disarm the Japanese but also to disband native revolutionary forces, ultimately creating a government favorable to the interests of the United States. (Lee 1994: 62)

2) *Die Teilung Koreas:* Nachdem die USA die Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Wiedervereinigung als gescheitert ansah, wurde das Problem vor die Vereinten Nationen gebracht. Die Generalversammlung nahm eine US-amerikanische Resolution über die Einrichtung einer U.N. Temporary Commission on Korea (UNTCK) an, von der die Wahlen für eine Nationalversammlung beobachtet werden sollten. Diese von der sowjetischen Militärverwaltung in Nordkorea nicht anerkannte Einrichtung setzte schließlich für den Mai 1948 Wahlen nur im Süden an. Dieser Plan wurde von der überwiegenden Mehrheit der Koreaner abgelehnt, weil sie die endgültige Teilung ihres Landes befürchteten. Moderate politische Führer wie Kim Ku und Kim Kyu-sik verlangten vor der Durchführung nationaler Wahlen den Abzug aller ausländischen Truppen, blieben damit aber ungehört. Nur die extreme Rechte um Rhee Syngman unterstützte den Plan. Bei den Wahlen setzten sich vor allem rechtsorientierte Kandidaten durch, und Rhee Syngman wurde zum ersten Präsidenten bestimmt. Viele USA-Kritiker teilen dabei die Einschätzung, dass er ohne die Unterstützung der US-Militärverwaltung keine Chancen gehabt hätte. Die neue Regierung hatte enorme Legitimationsschwierigkeiten und brauchte Jahre, bis sie endlich fest im Sattel saß.

Although President Rhee was an adroit manipulator, he was not popular. Without American soldiers and money and South Korean Police he could not have kept his regime in power. (Lee 1994: 95)

Für viele USA-Kritiker steht heute fest, dass die Forcierung der Spaltung einseitig von der amerikanischen Regierung ausgegangen war, um dem befürchteten Vordringen des Kommunismus Einhalt zu gebieten. Für sie sind die USA somit wesentlich verantwortlich für die Teilung Koreas und den anschließenden Krieg.

3) *Diplomatische Beziehungen mit Japan*: Als Südkorea und Japan im März 1964 mit Verhandlungen über die Normalisierung ihrer diplomatischen Beziehungen begannen, richtete sich die Kritik der Intellektuellen nicht nur gegen Japan, sondern auch gegen die US-Regierung, die ein vitales Interesse an einer schnellen Einigung zwischen beiden Staaten hatte: Neben sicherheitspolitischen Erwägungen sollte Japan auch an der Finanzierung des wirtschaftlichen Aufholprogramms beteiligt und die Abhängigkeit Südkoreas von den USA verringert werden. Im Verlauf der öffentlichen Diskussion warfen koreanische Intellektuelle den USA vor, dass sie durch ihr Einverständnis dem japanischen Protektorat von 1905 und der Annexion Koreas von 1910 den Weg bereitet hätten. In der Bevölkerung formierte sich eine breite Protestbewegung gegen die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen. Obgleich sich die überwiegende Mehrheit der Proteste gegen Japan richtete, spielten auch antiamerikanische Untertöne eine Rolle (Lee 1994: 133). Angesichts der Heftigkeit der Demonstrationen verhängte das Park-Regime 1964 im Juni das Kriegsrecht. Am 22. Juni wurde die weithin als nationale Schande angesehene Vereinbarung mit Japan unterzeichnet. Die Proteste gegen ihre Ratifizierung gingen aber noch bis August 1965 weiter.

4) *Niederschlagung der Gwangju-Demonstrationen (1980)*: Viele Koreaner sehen in der Niederschlagung der Gwangju-Demonstrationen von 1980 ein Schlüsselereignis für die Verfestigung des Antiamerikanismus in Südkorea. Die Unruhen in der südöstlichen Provinzhauptstadt begannen am 18. Mai jenen Jahres mit Straßendemonstrationen und dauerten etwa zehn Tage. Nach der Ermordung von Präsident Park Chung-hee im Oktober 1979 hatte sich die Opposition zunächst Hoffnungen auf eine zügige Demokratisierung gemacht. Als sich im Frühjahr 1980 jedoch erneut ein Militärputsch abzeichnete, kam es landesweit zu Massenkundgebungen, die erst abebbten, kurz bevor die Regierung das Kriegsrecht landesweit ausdehnte und alle öffentlichen Versammlungen untersagte. Einige hundert Studenten und Bürger ignorierten jedoch das Verbot und protestierten am 18. Mai in Gwangju gegen die Maßnahmen der Regierung. Sie forderten unter anderem die Freilassung des verhafteten Oppositionsführers Kim Dae-jung (Kim Chung-keun 2000; Lee 2000). Der Sicherheitsapparat reagierte darauf mit brutaler Härte. Der Einsatz einer militärischen Spezialeinheit führte zu Dutzenden Toten, Verletzten und Gefangenen.

Spontan schloss sich eine wachsende Zahl von Bürgern den Demonstranten an. Am 21. Mai gelang es ihnen, die Stadt vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen. Gwangju wurde daraufhin vom Militär umstellt, vollständig abgeriegelt und mehrere Tage belagert. Am 27. Mai drang die Armee mit Panzern und Kampfhubschraubern in die Stadt ein. Schätzungen zufolge kamen während des Aufstandes weit über tausend Zivilisten ums Leben.³ Die Niederschlagung dieser Demonstrationen hat sich

³ Das Regime gestand 1985 offiziell 191 Tote ein, davon 23 Soldaten und 4 Polizisten; vgl. die Stellungnahme des südkoreanischen Verteidigungsministeriums vom 7.6.1985, abgedruckt in: Clark (1988: 83-92). Regimekritiker gehen von bis zu 2.600 Toten aus und begründen diese Zahl mit Verweis auf die offizielle Sterblichkeitsstatistik der Stadt, die im

tief ins kollektive Gedächtnis eingepägt. Bis in die 1990er-Jahre hinein bestimmten die Geschehnisse dieser Tage die öffentliche Diskussion. Regelmäßig forderten Dissidenten Aufklärung über die Umstände der Niederschlagung und Wiedergutmachung für die Opfer. Im Hinblick auf den Anti Amerikanismus ist an diesem Ereignis von Bedeutung, dass unter der geltenden militärischen Vereinbarung zwischen Washington und Seoul große südkoreanische Truppenverbände einem US-amerikanischen General unterstehen. Davon ausgehend sind viele Koreaner bis heute fest davon überzeugt, dass ohne eine zumindest stillschweigende Duldung der USA die militärische Niederschlagung der Demonstrationen in Gwangju nicht möglich gewesen wäre. Darüber hinaus glauben viele, dass die USA durch ein engagiertes Eingreifen die Katastrophe hätten verhindern und der Demokratie zum Sieg verhelfen können.

5) *IMF-Krise*: Einen dramatischen Einschnitt ins Bewusstsein vieler Südkoreaner bildete der unerwartete Kollaps der südkoreanischen Finanzinstitutionen im Jahr 1997. Beinahe von einem Tag auf den anderen hatten Familien der Mittelschicht plötzlich nicht einmal mehr das Geld, um sich Reis zu kaufen. Das Land stand vor dem ökonomischen Ruin und war dringend auf ausländische Finanzhilfen angewiesen. Der von den USA dominierte Internationale Währungsfonds verlangte von der südkoreanischen Regierung als Gegenleistung für die Gewährung des erwünschten Kredits jedoch schmerzhaft Reformen, die von vielen als Ausverkauf der wirtschaftspolitischen Souveränität angesehen wurden. Die große Mehrheit der Südkoreaner ist generell gegen koreanische Industrien oder Immobilien in der Hand von Ausländern. Dennoch mussten unter dem Diktat des IMF Importrestriktionen abgebaut, Managementstrukturen neu organisiert und unrentable Firmen geschlossen werden. Als Folge konnten sich nicht nur zahlreiche ausländische Konzerne zu Niedrigpreisen in Südkorea einkaufen, auch zahlreiche Angestellte und Arbeiter verloren ihre betriebliche Alterssicherung und ihren lebenslangen Kündigungsschutz. Vor allem in Studenten- und Gewerkschaftskreisen wurden die USA als der eigentliche „Drahtzieher“ hinter den Reformforderungen des IMF angesehen. In der Folge kam es zu Streiks und heftigen Protesten, die sich gegen die Reformen und teilweise auch gegen die USA richteten.

5 Strukturelle Spannungen

Wie im Vorangehenden deutlich geworden ist, hat der Anti Amerikanismus in Südkorea eine lange Tradition. Im krassen Widerspruch dazu steht die Tatsache, dass das Land über Jahrzehnte hinweg zu den verlässlichsten Verbündeten der USA gehörte. In den innenpolitischen Wirren nach dem Ende der japanischen Kolonialherrschaft hatte sich eine proamerikanische und antikommunistische Elite an die Spitze des Staates gesetzt, deren Durchsetzungsfähigkeit in hohem Maße von der militärischen,

Monat Mai 4.900 Verstorbene bezifferte, während es in anderen Jahren durchschnittlich 2.300 waren (CISJD 1988: 30).

ökonomischen und politischen Unterstützung der Vereinigten Staaten abhängig war. Die Angehörigen dieser Oberschicht standen bedingungslos an der Seite der USA; im öffentlichen Diskurs war die koreanisch-amerikanische Freundschaft sakrosankt, und jede Kritik daran wurde als Verstoß gegen die herrschenden Regeln der politischen Korrektheit geahndet. Davon ausgehend entwickelte sich im Gegenzug der Antiamerikanismus zum gemeinsamen Nenner all jener sozialen Gruppen, die dem herrschenden Establishment ablehnend gegenüberstanden.

Im weiteren Verlauf der Untersuchung werden die verschiedenen Facetten dieses Konflikts an Beispielen aus den gesellschaftlichen Teilsystemen Bildung, Politik, Wirtschaft und Religion beleuchtet. Dabei wird deutlich, dass die konkreten Konstellationen und Interessen je nach gesellschaftlichem Teilsystem weit auseinander liegen. Im Bereich der Bildung kreist die Auseinandersetzung vor allem darum, dass soziale Spitzenpositionen oft nur einem kleinen Personenkreis zugänglich sind, der eine Bildungssozialisation in den USA nachweisen kann. Im Bereich der Politik geht es um einen Machtkampf zwischen dem traditionellen Partei-Establishment und progressiven Kräften aus der Zivilgesellschaft. Im Bereich der Wirtschaft geht es um die Verteilung von Kosten und Nutzen bei der Internationalisierung der südkoreanischen Ökonomie. Im Bereich der Religion zieht sich seit Jahren innerhalb des Christentums ein tiefer Graben zwischen liberalen und orthodoxen Kräften. Antiamerikanismus und Proamerikanismus kommen in diesen Konflikten als kulturelle Codes (Master Frames) ins Spiel, mit denen die betroffenen Gruppen ihre eigenen kollektiven Kräfte mobilisieren und die jeweils andere Seite an den Rand zu drängen versuchen. Das heißt, Antiamerikanismus und Proamerikanismus bilden die Grundlage für soziale Bündnisse zwischen teilweise unterschiedlichen Interessengruppen quer zu den gesellschaftlichen Teilsystemen. Dabei zeigt sich, dass der Antiamerikanismus im Wesentlichen der kulturelle Code der Außenseiter ist, während der Proamerikanismus von den Etablierten vertreten wird.

5.1 Bildungskonkurrenz

Während der Choson-Dynastie (1392-1910) wurde Korea von einer intellektuellen Oberschicht regiert, die in ihrem sozialen Rang sogar das Militär übertraf. Alle hohen Beamten waren in renommierten konfuzianischen Akademien ausgebildet worden und hatten entsprechende Staatsprüfungen absolviert. Auch wenn die Zugehörigkeit zur Oberschicht vererbt wurde, regelte das Bildungssystem über Jahrhunderte hinweg die Besetzung ranghoher Positionen und war somit für die Reproduktion der Sozialstruktur von zentraler Bedeutung. Aus diesem Grund kam es einer sozialen Revolution gleich, als die US-Militäradministration nach dem Zweiten Weltkrieg die unter japanischer Kolonialherrschaft geltenden Zugangsbeschränkungen zum Bildungssystem abschaffte und der breiten Bevölkerung die Chance auf einen gesellschaftlichen Bildungsaufstieg eröffnete. In den folgenden Jahren erlebte das südkoreanische Bildungssystem eine dramatische Expansion: In wenigen Jahrzehnten wurde ein leistungsfähiges Netz von Bildungseinrichtungen aufgebaut, das den internationalen Vergleich nicht zu scheuen braucht.

Die hohe Bildungsnachfrage in der koreanischen Bevölkerung bildete dabei den „single greatest factor in accounting for the impressive achievements in educational expansion“ (Seth 2002: 96). Für die überwiegende Mehrheit der Koreaner war es immer selbstverständlich, dass ihre Kinder regelmäßig die Schule besuchten. Darüber hinaus herrschte (bis heute) eine ausgeprägte Bereitschaft, die schulische und universitäre Ausbildung des Nachwuchses mit teilweise enormen Investitionen aus privaten Mitteln zu finanzieren. In der vom Konfuzianismus geprägten, strikt nach Bildungsrängen geordneten Sozialstruktur bedeutete der Bildungsaufstieg nicht nur einen Zuwachs an sozialem Prestige, gerade in den frühen wirtschaftlichen Expansionsjahren verbesserten sich auch die Einkommenschancen beträchtlich.

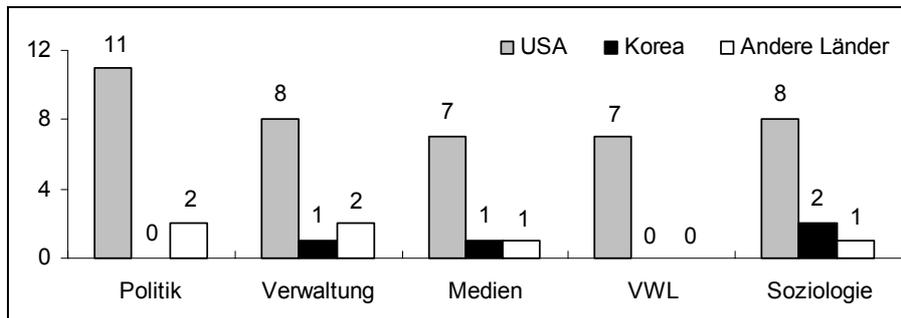
Eines der charakteristischen Merkmale des südkoreanischen Bildungssystems ist seine ausgeprägte Elitenorientierung. Wer in einer der wenigen angesehenen Hochschulen wie der Seoul National University oder Yonsei University aufgenommen wird, hat beste Karriereaussichten. Darüber hinaus ist es üblich geworden, dass Schüler und Studenten gerade aus wohlhabenden Familien ihre Bildungslaufbahn mit einem Abschluss an einer ausländischen, zumeist US-amerikanischen, Hochschule krönen. In der Folge hat sich das Studium an einer Elite-Universität in Kombination mit einem längeren Aufenthalt in den USA in den vergangenen Jahren zu einer der wichtigsten sekundären Eigenschaften für eine erfolgreiche Karriere in Südkorea entwickelt. Fast alle führenden Positionen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Bildung sind mit Personen besetzt, die den Abschluss von einer der renommierten südkoreanischen Universitäten sowie einige Studienjahre in den USA nachweisen können. Wer sich beides nicht leisten kann, dessen Karrierechancen sind – trotz formal gleicher Qualifikation – enge Grenzen gesetzt. Das heißt, die Bildungssozialisation in den USA kann als kulturelles Kapital betrachtet werden, mit dem das südkoreanische Establishment andere gesellschaftliche Gruppen vom Zugang zu sozialen Spitzenpositionen ausschließt.

Dieser Sachverhalt lässt sich anschaulich am Beispiel der Besetzung von Lehrstühlen an den führenden Universitäten dokumentieren. Der Professorenberuf gehört in Südkorea traditionell zu den Tätigkeiten mit dem höchsten Sozialprestige. Über die Universität hinaus verfügen Professoren über enormen Einfluss in Medien, Politik und Wirtschaft.

Abbildung 3 bietet eine Übersicht darüber, in welchen Ländern Professoren der Yonsei University in Seoul aus den Fachbereichen Politik, Verwaltung, Medien, Volkswirtschaftslehre (VWL) und Soziologie promoviert haben. Im Fachbereich Politik haben 11 Professoren von 13 in den USA studiert, im Fachbereich Verwaltung 8 von 11, im Fachbereich Medien 7 von 9, im Fachbereich Volkswirtschaftslehre 7 von 7 und im Fachbereich Soziologie 8 von 11. Das heißt, die in den USA promovierten Professoren haben ein deutliches Übergewicht: Im Gesamtergebnis erhielten 81 Prozent aller Professoren der untersuchten Fachbereiche ihren Dokortitel in den USA, 7 Prozent in Südkorea und 12 Prozent im restlichen Ausland (vgl. Abbildung 4). Der Zugang zu wissenschaftlichen Spitzenpositionen an einer Elite-Universität ist somit fast ausschließlich Professoren vorbehalten, die in den USA promoviert haben. Koreanische Promotionen spielen nur eine marginale Rolle und

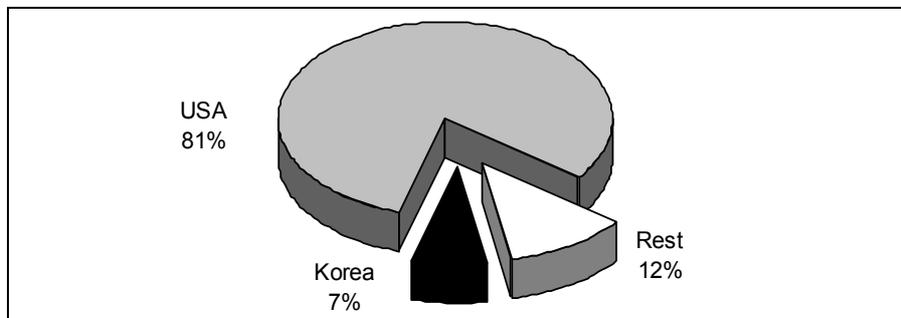
müssen häufig durch alternative Formen eines längeren Aufenthaltes in den USA kompensiert werden. Promotionen im restlichen Ausland bieten zwar bessere Karriereaussichten als koreanische Promotionen, spielen jedoch ebenfalls nur eine marginale Rolle.

Abbildung 3: Yonsei-Professoren nach Promotionsland



Quelle: Yonsei University, www.yonsei.ac.kr, Zugriff am 5.11.2003.

Abbildung 4: Yonsei-Professoren nach Promotionsland (alle untersuchten Fakultäten)

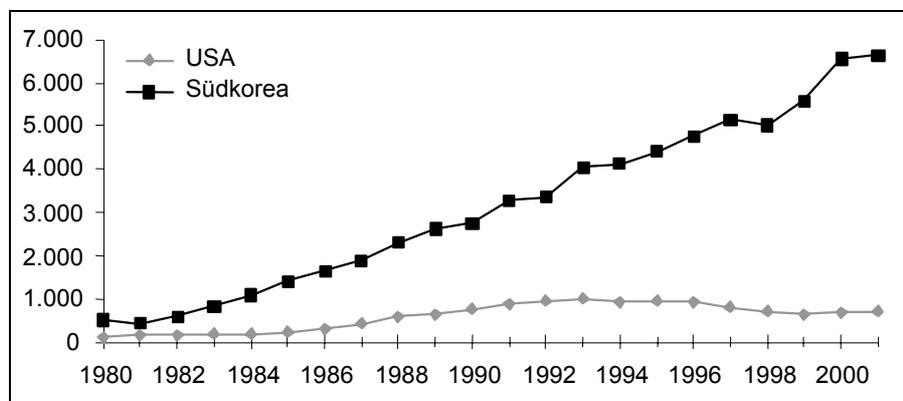


Quelle: Yonsei University, www.yonsei.co.kr, Zugriff am 5.11.2003.

Im krassen Widerspruch zu diesem Selektionsmuster steht aber die Tatsache, dass mit dem Ausbau und der Expansion des Bildungssystems die Zahl der in Südkorea ausgebildeten, hoch qualifizierten Akademiker in den letzten Jahren dramatisch zugenommen hat. Wie Abbildung 5 zeigt, verzeichnen die Promotionen in Südkorea seit Jahren ein stetiges Wachstum, während die Promotionen in den USA stagnieren bzw. leicht zurückgehen. Paradoxiertweise erleiden die koreanischen Promotionen aufgrund ihrer starken Wachstumsentwicklung im Konkurrenzkampf um gesell-

schaftliche Spitzenpositionen somit einen dramatischen Wertverlust, während die Distinktionskraft von US-Promotionen zuzunehmen scheint: 1981 entfielen auf einen US-Promovierten knapp drei Konkurrenten aus Südkorea, 1990 waren es vier und 2000 beinahe zehn. Dies ist ein Hinweis darauf, dass sich der strukturelle Widerspruch innerhalb der gebildeten Elite seit Jahren immer mehr verschärft.

Abbildung 5: Promotionen von Südkoreanern (in den USA und in Südkorea, 1980-2001)



Quelle: Educational Statistic System, www.std.re.kr, Zugriff am 13.11.2003.

Vor diesem Hintergrund deutet einiges darauf hin, dass die anti-amerikanischen Proteste in Südkorea nur nach außen hin ein Ausdruck für die allgemeine Unzufriedenheit mit der US-Politik sind. Tatsächlich geht es darum, das spezifische *kulturelle Kapital* des Establishments – die Bildungssozialisation oder andere Formen der engen Verbindung mit den USA – im öffentlichen Diskurs abzuwerten und soziale Spitzenpositionen für die neue Bildungselite zu öffnen.

5.2 Progressive und Konservative

Spätestens mit dem überraschenden Wahlsieg des politischen Außenseiters Roh Moo-hyun im Dezember 2002 ist deutlich geworden, dass sich auch die politische Landschaft Südkoreas in einem dramatischen Umbruch befindet. Der neue Präsident ist kein Mitglied im so genannten „gentlemen’s club“ (Song 2003: 2) des südkoreanischen Establishments. Dazu fehlen ihm alle wichtigen Attribute, wie etwa die Abstammung aus einer reichen und angesehenen Familie oder das obligatorische Abschlusszeugnis von einer der renommierten Hochschulen, von der Bildungssozialisation in den USA ganz zu schweigen. Auf dieser Grundlage gelang es ihm jedoch, sich als Alternative zum herrschenden politischen Establishment zu profilieren und vor allem das progressive Wählermilieu zu mobilisieren, das sich von den etablierten Parteien bisher nicht ausreichend angesprochen fühlte.

Traditionell ist das politische Koordinatensystem Koreas durch drei Pole bestimmt (Song 2003): (1) Die politische Mobilisierung ist stärker durch regionale Konflikte zwischen dem Osten (Yeongnam) und dem Westen (Honam) bestimmt als durch ökonomische oder religiöse Klassenzugehörigkeiten. Die Grand National Party (GNP) hatte ihre Hausmacht bisher hauptsächlich in den östlichen, die Millennium Democratic Party (MDP) in den westlichen Landesteilen. (2) Die politische Macht innerhalb der Parteien ist fast immer in der Hand einzelner charismatischer Führungspersönlichkeiten konzentriert. Diesen obliegt die Entscheidung über politische Programme und die Besetzung wichtiger Ämter. Wenn politischer Dissens nicht beigelegt werden kann, kommt es oft zur Spaltung der Partei. (3) Um ins Zentrum des politischen Establishments vordringen zu können, sind Neueinsteiger vor allem auf das Wohlwollen der politischen Führer angewiesen. Das heißt, neben dem familiären, regionalen und universitären Hintergrund ist vor allem die Loyalität gegenüber den Parteiführern ausschlaggebend. Vor diesem Hintergrund konnte sich in den südkoreanischen Parteien bisher kaum eine demokratische Kultur entwickeln, in der es möglich ist, unterschiedliche inhaltliche Positionen kontrovers auszutragen (Köllner 2002).

Der elitäre Stil des politischen Establishments entwickelte sich unter den autoritären Nachkriegsregimen und bestimmte über Jahrzehnte hinweg die politische Kultur Südkoreas. Eine wichtige Rolle spielte dabei der aus dem Konfuzianismus überlieferte moralische Überlegenheitsanspruch der (gebildeten) Oberschicht. Idealtypisch begründete das Establishment die Legitimität seiner Herrschaft erstens mit seinem kulturellen, sozialen und ökonomischen Modernisierungsauftrag und zweitens mit seiner Schutzfunktion gegenüber dem nordkoreanischen Feind. Diesem traditionellen Verständnis zufolge fiel es der Oberschicht zu, dem einfachen Volk im pädagogischen Sinne ein gutes Beispiel vorzugeben, im paternalistischen Sinne für die Untertanen zu sorgen und auf dem Weg in die Moderne voranzuschreiten. Das Volk hatte demgegenüber eine Verpflichtung zu Unterordnung, Gehorsam und Loyalität.

Obgleich der elitäre Stil des Establishments die politische Kultur seit der Staatsgründung dominierte, wurde er spätestens in den 1970er- und 1980er-Jahren von der Demokratiebewegung massiv in Frage gestellt. Den regimiekritischen Intellektuellen zufolge bildet nicht die Elite, sondern das Volk (*minjung*) die führende Kraft in der historischen Entwicklung Koreas. Als Träger der gesellschaftlichen Reproduktion bildet es demnach den Ursprung und das Zentrum aller politischen Autorität und Macht (Suh 1981; Chi 2000). Das politische und wirtschaftliche Establishment wurde dahingehend kritisiert, dass es im Lauf der Geschichte das Volk kulturell marginalisiert, wirtschaftlich ausgebeutet und politisch unterdrückt hatte. Infolgedessen galt das politische Establishment als der „Anti-Minjung.“ Die Demokratiebewegung sah ihre Aufgabe darin, die Herrschaftsverhältnisse vom Kopf auf die Füße zu stellen und eine politische Ordnung zu verwirklichen, in der das Volk wieder in den Vollbesitz seiner ursprünglichen Souveränitätsrechte kommt.

Der öffentliche Diskurs in den 1980er-Jahren war in hohem Maße von der Konkurrenz zwischen diesen beiden – hier nur schematisch skizzierten – Legitimations-

und Ordnungskonzepten geprägt. Im ersten Fall handelte es sich um ein Modell der „Herrschaft von oben“, im zweiten Fall um ein Modell der „Herrschaft von unten.“ Obwohl der Demokratiebewegung mit der Verfassungsänderung von 1987 ein entscheidender Durchbruch gelungen war, änderte sich in den 1990er-Jahren in Bezug auf die politische Kultur aber kaum etwas, da sich die demokratischen Reformen nur auf die institutionellen Rahmenbedingungen der politischen Ordnung beschränkten.

Allgemein kann festgehalten werden, dass die politischen Parteien Koreas weiterhin durch die Dominanz einzelner Führungspersönlichkeiten (Stichwort: „Bossismus“), eine hierarchische Binnenorganisation, einen ausgeprägten innerparteilichen Faktionismus, eine regionale Verankerung und stark begrenzte Partizipationsmöglichkeiten der Parteibasis – so man überhaupt von einer solchen sprechen kann – geprägt sind. (Köllner 2002)

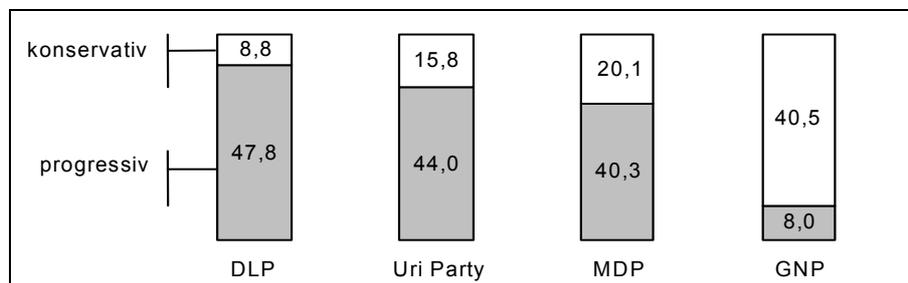
Obgleich die Minjung-Ideologie der Demokratiebewegung im politischen Diskurs der 1990er-Jahre stark an Bedeutung verloren hat, gehört die Grundidee einer „Herrschaft von unten“, also der breiten politischen Partizipation der Bevölkerung, bis heute zum Selbstverständnis des progressiven Milieus (*jinbo*), während der elitäre Politikstil als Markenzeichen des konservativen Milieus (*bosu*) gilt. Das progressive Milieu verkörpert dabei alle Eigenschaften, die im konservativen Milieu auf Ablehnung stoßen: vorbehaltlose Unterstützung der Sonnenscheinpolitik, Ablehnung des Nationalen Sicherheitsgesetzes, distributive Gleichheitsvorstellungen, Ablehnung des Regionalismus, Kritik am Irakkrieg, Gleichberechtigung ausländischer Arbeitnehmer, partizipatives Demokratieverständnis und eine *kritische Einstellung gegenüber den USA*. Einer Studie des Korea Social Science Data Center im Auftrag des Nachrichtenmagazins *The Hankyoreh 21* zufolge zeigen bei entsprechenden Fragen Bevölkerungsanteile von 27,9 Prozent ein konsistent progressives bzw. von 22 Prozent ein konsistent konservatives Antwortverhalten. Die typischen Progressiven sind um die 30 Jahre alt, männlich und verfügen über eine universitäre Ausbildung. Die typischen Konservativen sind über 50 Jahre alt, weiblich und haben meist kein Universitätsstudium absolviert.

Bis zu den Wahlen im Dezember 2002 war die Zivilgesellschaft die Domäne der Progressiven, während sich das institutionelle Parteiensystem weitgehend in der Hand der Konservativen befand. Beide Sektoren standen praktisch geschlossen nebeneinander. Im Frühjahr 2002 wurden jedoch erste Risse innerhalb dieser starren Aufteilung sichtbar, als sich die regierende Millennium Democratic Party (MDP) unter dem Druck eines Stimmungstiefs bei den Wählern dazu durchrang, ihren Präsidentschaftskandidaten nach dem Vorbild US-amerikanischer Vorwahlen unter der breiten Partizipation von Parteimitgliedern und Bürgern zu bestimmen. Das neue Verfahren erwies sich als durchschlagender Erfolg. Besonders das progressive Wählermilieu reagierte mit Begeisterung. Als sich aber wider Erwarten nicht der Wunsch Kandidat des einflussreichen Parteiestablishments durchsetzte, sondern der progressive Außenseiter Roh Moo-hyun, stürzte die Partei in eine tiefe Krise. Die parteiinternen Gegner von Roh starteten eine monatelange Kampagne, um ihn zur Aufgabe seiner Kandidatur zu bewegen, blieben damit allerdings erfolglos.

Abbildung 6: Konsistent Progressive und Konservative nach Altersgruppen

Quelle: *The Hankyoreh* 21, Nr.500, 10.3.2004.

Mit seiner Kampagne – in der auch kritische Töne gegenüber den USA laut wurden – gelang es Roh Moo-hyun, vor allem die eher progressiven Wähler zu erreichen. Seine konservativen Gegner ließen demgegenüber keine Gelegenheit aus, den MDP-Kandidaten als „links“ und antiamerikanisch zu etikettieren, um damit die eigene Wählerschaft zu mobilisieren. Beide Seiten griffen damit erfolgreich die politischen Präferenzen der jeweiligen Wählerschaft auf (vgl. Abschnitt 2). Nachdem die Wahl entschieden war, verlagerte sich die Auseinandersetzung zwischen beiden Lagern zunächst ins Parlament, in der die konservative Grand National Party (GNP) über die Mehrheit der Sitze verfügte. Innerhalb der MDP kam es im Sommer 2003 zum Eklat, als Roh Moo-hyun – dem es innerhalb der Partei an Rückhalt fehlte – mit seinen Anhängern versuchte, die MDP in eine progressive Programmpartei umzubauen. Nach einer erfolglosen Reformdiskussion spalteten Rohs Sympathisanten sich ab und gründeten die so genannte „Uri Party“, die sich, wie Umfragedaten von Ende März 2004 bereits andeuteten, in kurzer Zeit zum führenden politischen Arm des progressiven Milieus entwickelte (vgl. Abbildung 7).

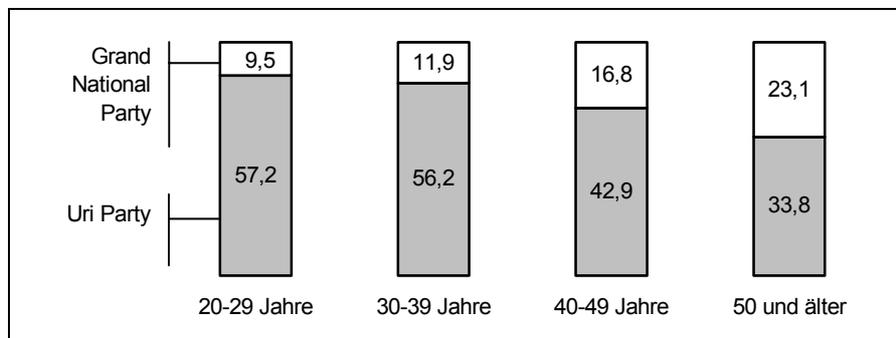
Abbildung 7: Progressive und konservative Anhänger einzelner Parteien (in Prozent)

Quelle: *The Hankyoreh* 21, Nr.500, 10.3.2004.

Galt bis 2002, dass die etablierten Parteien sich in ihrer programmatischen Ausrichtung voneinander kaum unterscheiden (Köllner 2002: 20), so steht dem Wähler heute eine als akzentuiert progressiv wahrgenommene Alternative zur Auswahl. Dies wird in der von *The Hankyoreh* 21 publizierte Studie deutlich: Auf einer Skala von 1 bis 5 (1 = sehr konservativ, 5 = sehr progressiv) gilt die Grand National Party mit einem Durchschnittswert von 1,86 als die Partei mit dem konservativsten Profil. Die Millennium Democratic Party liegt mit einem Wert von 2,09 nur knapp dahinter. Die Uri Party kommt demgegenüber auf einen deutlich progressiveren Wert von 3,5 und übertrifft damit sogar die als „radikal“ etikettierte kleine Democratic Labour Party (DLP) mit einem Wert von 3,47.

Dabei zeigt sich, dass die Uri Party vor allem jene Wähler anspricht, die sich vom bisherigen, als konservativ wahrgenommenen, Parteienspektrum nicht ausreichend angesprochen fühlen. In einer Gallup-Umfrage (2000c) aus dem Jahr 2000 gaben 56,4 Prozent der 20- bis 29-Jährigen an, dass ihnen keine der bestehenden Parteien ideologisch nahe steht. Bei den 30- bis 39-Jährigen lag dieser Anteil bei 47,7 Prozent und bei den 40- bis 49-Jährigen bei 45,6 Prozent. Bei den über 50-Jährigen waren es dagegen nur 31,8 Prozent. Demgegenüber stößt die progressive Uri Party heute, wie Abbildung 8 zeigt, gerade unter den jüngeren Wählern auf Zustimmung, während die GNP eher von den Älteren unterstützt wird.

Abbildung 8: Präferenz für die Uri Party und die GNP (nach Alter, in Prozent)



Quelle: Gallup Korea (2004).

Die Wahl von Roh Moo-hyun hat im südkoreanischen Parteiensystem einen Erdbeben ausgelöst. Das vom Regionalismus geprägte politische Establishment ist dabei in die Defensive geraten. Das aktuelle Amtsenthebungsverfahren, das die konservativen Parteien gegen Präsident Roh eingeleitet haben, hat den Wandel der politischen Landschaft beträchtlich beschleunigt. In der jüngsten Gallup-Umfrage (2004) vor den Parlamentswahlen im April lag die Uri Party beispielsweise in Daegu, einer der bisherigen Hochburgen der GNP, kurzzeitig mit 32,5 Prozent an der Spitze, vor der GNP mit 27 Prozent. Auch wenn sich dieses Verhältnis bei den Parlamentswahlen zu Gunsten der GNP wieder umkehrte, handelte es sich um eine

beachtliche Kräfteverschiebung, die früher nicht möglich gewesen wäre. In dieser Auseinandersetzung wird der Antiamerikanismus von beiden politischen Lagern genutzt, um die jeweiligen Wähler zu mobilisieren. Dabei profilieren sich die Konservativen als proamerikanisch, während die Progressiven in einem antiamerikanischen Licht erscheinen.

5.3 Internationalisierung und Protektionismus

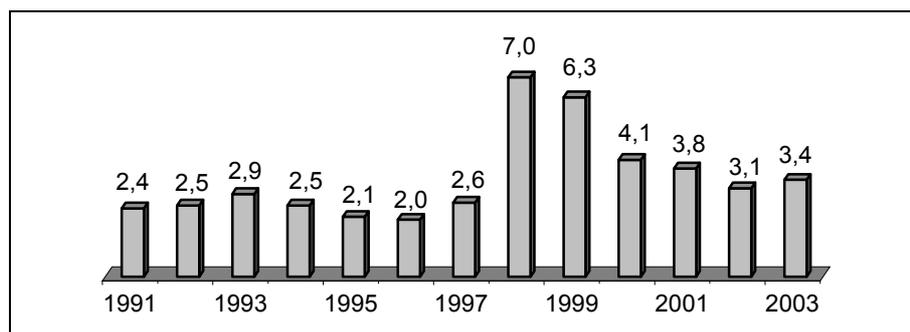
Die ökonomische Abhängigkeit vom US-amerikanischen Markt ist die dritte Ursache für die zunehmende Mobilisierung gegen die USA. Als sich in den 1980er-Jahren nach und nach die koreanische Handelsbilanz verbesserte, nahm von der amerikanischen Seite der Druck zu, den Markt für US-amerikanische – vor allem landwirtschaftliche – Produkte zu öffnen. Die koreanische Seite gab diesem Ansinnen formal zwar in vielen Bereichen nach, versuchte aber durch versteckte Transaktionskosten und rechtliche Auflagen US-amerikanischen Anbietern den Markteintritt so schwer wie möglich zu machen. Die amerikanische Seite drohte daraufhin mit Sanktionen und verlangte Ende der 1980er-Jahre mit dem so genannten 1988 Omnibus Trade and Competitiveness Act in einem absehbaren Zeitraum ultimativ die Marktöffnung für US-Güter.

a) *Handelspolitik:* Am meisten umstritten war der Agrarbereich. Südkoreanische Landwirte fürchteten dramatische Einkommensverluste, wenn oft hochsubventionierte Produkte wie Rindfleisch, Sojabohnen oder Reis aus den USA frei nach Südkorea importiert werden. Ein typisches Beispiel war der Konflikt um die Einführung US-amerikanischer Tabakprodukte Ende der 1980er-Jahre. Bis 1987 hatte die südkoreanische Regierung ein Monopol auf die Zigarettenproduktion. Traditionell war der Tabakanbau für die koreanischen Bauern ein lukratives Nebeneinkommen, teilweise auch aufgrund umfangreicher Exporte in die USA. Als die amerikanische Seite ihren Druck zur Marktöffnung auf die Südkoreaner erhöhte, kam es zu heftigen Protesten von Landwirten und Studenten (Ortiz 1999): Aus Sicht der koreanischen Landwirte waren die USA ein unfairer Handelspartner, der einerseits den eigenen Markt durch Zölle schützt, andererseits aber in Südkorea eine vollständige Liberalisierung durchsetzen will.

Angesichts des dramatischen Anstiegs von ausländischen Importen und einer Verschiebung der Handelsbilanz zu Ungunsten von Südkorea startete die Regierung Anfang der 1990er-Jahre eine Kampagne gegen den „exzessiven Konsum“ von Luxusgütern. Obgleich es ähnliche Kampagnen schon früher gegeben hatte, richtete sie sich diesmal vor allem gegen die zunehmenden ausländischen Importe. Der Konsum dieser Waren galt als unpatriotisch. In TV-Werbespots durften keine ausländischen Schauspieler mehr auftreten. Ende 1990 tauchten in südkoreanischen Schulen Comics auf, in denen die Schüler vor dem Konsum ausländischer Landwirtschaftsprodukte gewarnt und auf mögliche Gesundheitsschäden hingewiesen wurden. Vorfälle dieser Art führten immer wieder zu Verstimmungen im Verhältnis zwischen Südkorea und den USA.

b) *IMF-Krise*: Die ökonomischen Spannungen verschärfen sich mit der unter der neuen Regierung von Kim Young-sam propagierten Politik der forcierten Globalisierung: Südkorea gab seine bisherige Politik des „ökonomischen Nationalismus“ (Ortiz 1999) auf und orientierte sich zunehmend an den internationalen Standards und Erfordernissen der Weltmärkte. Damit hatten sich vor allem jene Kräfte in der Wirtschaft durchgesetzt, die sich von der Öffnung bessere Exportchancen versprechen konnten, während diejenigen, die vom Status quo der geschlossenen Märkte profitiert hatten, vor allem die Landwirte, auf die Barrikaden gingen. Ihren ersten „positiven“ Höhepunkt erreichte die neue Politik der ökonomischen Internationalisierung 1995 mit dem Eintritt Südkoreas in die OECD. Der „negative“ Höhepunkt – in der Wahrnehmung vieler Koreaner – folgte 1997 mit der so genannten „IMF-Krise“ (vgl. Abschnitt 4.2). Innerhalb weniger Wochen stieg die Arbeitslosenrate um mehr als das Doppelte (vgl. Abbildung 9), was für viele koreanische Familien der Mittelschicht den ökonomischen Ruin bedeutete.

Abbildung 9: Arbeitslosenrate in Südkorea (1991-2003)



Quelle: National Statistical Office, www.nso.go.kr, Zugriff am 11.11.2003.

Im Gefolge der „IMF-Krise“ verschärfte sich das wirtschaftspolitische Klima in Südkorea dramatisch. Das Ausmaß der Konflikte lässt sich beispielsweise an der dramatischen Zunahme von Arbeitskämpfen ablesen: Während die Zahl der Streiks von 1995 bis 1997 zwischen jährlich 78 und 88 geschwankt hatte, erhöhte sie sich 1998 auf 129 und 1999 auf 198.⁴ Anti amerikanische Parolen fielen dabei generell auf fruchtbaren Boden, besonders in den Gewerkschaften. Auch die Härte der Arbeitskämpfe war bemerkenswert: Von 1995 bis 1997 gingen im Durchschnitt jährlich 576.763 Arbeitstage verloren. 1998 lag der entsprechende Wert bei 1.452.096 und 1999 bei 1.366.281 Tagen, was einer Zunahme um beinahe das Dreifache entspricht.⁵

⁴ Quelle: National Statistical Office.

⁵ Quelle: National Statistical Office.

c) *Arbeitspolitik*: Spannungspotenzial und Anlass für antiamerikanische Proteste gab es in der Vergangenheit aber nicht nur in den Handelsbeziehungen zu den USA, sondern auch in der repressiven Arbeitspolitik innerhalb der Industrie, vor allem in der Periode der Militärdiktaturen. Daher zeichnet sich die südkoreanische Gewerkschaftsbewegung bis heute durch eine ausgeprägte USA-kritische Haltung aus. Aus der Perspektive der in Südkorea damals populären „Theorie der Dritten Welt“ galten die schlechten Arbeitsbedingungen, vor allem in der Leichtindustrie, als Teil einer globalen Ausbeutungsstruktur, in deren Mittelpunkt der US-amerikanische Konsument stand. Diesem Ansatz zufolge beruhten die niedrigen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen in der Peripherie auf dem Machtgefälle zwischen der so genannten Ersten und Dritten Welt. Ausländische, vor allem US-amerikanische Firmen, schienen von der repressiven Arbeitspolitik des autoritären Regimes besonders zu profitieren. Um ausländische Investoren anzulocken waren beispielsweise Free Export Zones speziell für ausländische Unternehmen eingerichtet worden, in denen zwischen der Polizei und den Betriebsleitungen tägliche Konsultationen stattfanden, um die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterschaft zu verhindern (Ogle 1990: 60). Wenn es zu illegalen Demonstrationen oder Streiks kam, griff die Polizei meist mit brutaler Härte durch. Ein landesweit beachtetes Beispiel war der Streik von Arbeiterinnen bei der amerikanischen Firma Control Data von 1982, deren Management während laufender Lohnverhandlungen einigen der Streikführerinnen gekündigt hatte (*Korea Times*, 22.7.1982).

Darüber hinaus kam es immer wieder vor, dass koreanische und US-amerikanische Firmeninhaber in Krisenfällen die Belegschaft ohne Löhne im Stich lassen und sich der Strafverfolgung entzogen, indem sie in die USA flohen. Ein bekanntes Beispiel ist der Fall der Y.H. Industrial Co., deren Besitzer sich kurz vor dem Bankrott seiner Firma mit seinem Geld 1979 in die USA abgesetzt hatte. Die Proteste der Arbeiterinnen hätten damals beinahe den Sturz der Regierung Park herbeigeführt. Ein anderes Beispiel war der Fall der amerikanischen Elektronikfirma Pico Korea, deren Management die Belegschaft im Stich gelassen hatte und in die USA geflohen war, ohne die ausstehenden Löhne zu bezahlen. Solche Zwischenfälle erregten landesweit Aufmerksamkeit. Leicht konnte der Eindruck entstehen, dass die USA der eigentliche „Drahtzieher“ hinter der repressiven Arbeitspolitik der koreanischen Regierung waren:

Most Koreans still believe that the Korean government acts in one line with whatever trade policies the United States demands and, that as such the Government acts no more than like a puppet of the United States. (Ortiz 1999: 58)

5.4 Liberale und Orthodoxe

In kaum einem gesellschaftlichen Bereich ist Südkorea vom „American Way of Life“ so stark geprägt, wie in der Religion. Nach der Öffnung Koreas kamen im Gefolge der westlichen Gesandtschaften die ersten protestantischen Missionare ins Land. Die meisten von ihnen stammten aus den USA, einige aus Kanada und Australien. Unter ihrem Einfluss entwickelte sich der Protestantismus in wenigen

Jahrzehnten zu einer der bedeutendsten Religionen auf der nordostasiatischen Halbinsel. 1910 lag der Bevölkerungsanteil der Protestanten noch bei 1,3 Prozent. Bis 1950 erhöhte er sich – in Südkorea – um mehr als das Doppelte auf 3 Prozent. Bis 1970 stieg er auf 7 Prozent, 1978 auf 10,4 Prozent, 1985 auf 16 Prozent und 1995 auf 19,8 Prozent (Kern 2001). Im Jahr 2002 bekannten sich 24,5 Prozent der Südkoreaner zum Protestantismus. Zusammen mit den Katholiken, die etwa 9,1 Prozent ausmachen, bildet das Christentum somit – noch vor dem Buddhismus mit 28,1 Prozent – die größte organisierte Religionsgemeinschaft in Südkorea.

Aufgrund zahlreicher Spaltungen in der Nachkriegszeit hat sich die südkoreanische Kirchenlandschaft bis heute in eine Vielzahl von unterschiedlichen Bekenntnisgemeinschaften (Denominationen) zersplittert. Ihre Gesamtzahl wurde 1997 auf 168 veranschlagt (Kern 2001). Der weitaus größte Teil davon entfällt auf den Presbyterianismus, eine Variante des Calvinismus. Andere bedeutende Bekenntnisgemeinschaften sind die methodistische Kirche, die baptistische Kirche und die Heilsarmee. Neben diesen konventionellen Denominationen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten vor allem pfingstlerisch-charismatische Gruppierungen im protestantischen Milieu zu einer einflussreichen Größe entwickelt. Dabei handelt es sich nicht um eine bestimmte Bekenntnisgemeinschaft, sondern um ein Sammelbecken von Gemeinden und Kirchen, die sich durch eine besonders gefühlsbetonte Spiritualität auszeichnen. Der Begriff „Mega-Kirche“ ist vor allem mit dieser Strömung verbunden (Kern 2002).

Obgleich die Kirchenlandschaft auf den ersten Blick unüberschaubar zu sein scheint, lassen sich die meisten Strömungen und Gruppen auf drei protestantische Milieus aufteilen: (1) Die erste Gruppe bilden die Evangelikalen, die primär individuelle Heilsinteressen verfolgen und eine eher konservative Theologie vertreten. (2) Die zweite Gruppe bilden die Pfingstler, die das individuelle Heilsinteresse mit den Evangelikalen teilen, sich in ihren theologischen Ansichten und ihrer spirituellen Praxis aber teilweise deutlich unterscheiden. (3) Die dritte Gruppe bilden die liberalen Sozialreformer, die sich durch eine Mischung aus liberaler Theologie und gesellschaftlichem Engagement auszeichnen. Bei ihnen spielen Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit eine wichtige Rolle. Die evangelikalen und pfingstlerisch-charismatischen Gruppen – im Folgenden unter dem Begriff „Orthodoxe“ zusammengefasst – stellen die weit überwiegende Mehrheit der südkoreanischen Protestanten. Ihre gemeinsamen Charakteristika bestehen in Heilsindividualismus, rigidem Antikommunismus und Missionseifer kombiniert mit einem meist wortwörtlichen Bibelverständnis. Die sozialreformerischen Protestanten unterscheiden sich von diesen beiden Gruppen vor allem durch ihr Heilsverständnis, nach dem die Gesellschaft über das Individuum hinaus als „erlösungsbedürftig“ gilt.

In den 1970er- und 1980er-Jahren gehörten die sozialreformerischen Protestanten zusammen mit den Katholiken zu den treibenden Kräften der Demokratiebewegung. Auf protestantischer Seite entwickelte sich vor allem der NCKK (National Church Council of Korea) zu einer Plattform für Theologen und Pastoren, die dem südkoreanischen Militärregime kritisch gegenüberstanden. In liberal-theologischer Tradition setzten sie sich für die Verwirklichung von Menschenrechten, sozialer

Gerechtigkeit und Demokratie ein. Der NCKK begleitete und unterstützte die Arbeit regimekritischer Organisationen wie der Urban Industrial Mission (UIM) oder der Korean Christian Academy. Trotz breiter Unterstützung im NCKK hatten protestantische Dissidenten unter den Gemeinden jedoch relativ wenig Rückhalt, da auch in liberalen Denominationen die Mehrheit der Mitglieder einen orthodoxen Frömmigkeitsstil pflegt.⁶ Die gesellschaftskritische Arbeit des NCKK wurde deshalb in erster Linie von liberalen Kirchenfunktionären, Pastoren und Theologen getragen.⁷ Die Laien spielten kaum eine Rolle. Neben dem NCKK hielt sich auch die katholische Kirche mit ihrer Kritik am südkoreanischen Regime nicht zurück und etablierte sich als eine moralisch angesehene Instanz. Unter dem Einfluss des II. Vatikanischen Konzils war ihre Sensibilität in Fragen der sozialen Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte größer geworden.⁸ Nach und nach begann sie, zu gesellschaftlichen Problemen öffentlich Stellung zu nehmen (Stephen Kim 2000: 4). Sie eröffnete den ökumenischen Dialog mit dem NCKK und beteiligte sich an sozialreformerischen Projekten.

Mit diesen Bemühungen befand sich das sozialreformerische Christentum (Katholiken, liberale Protestanten) im diametralen Gegensatz zum orthodoxen Protestantismus. Dank ihrer antikommunistischen Gesinnung unterhielten die Vertreter dieser Richtung oft ausgezeichnete Beziehungen zum autoritären Staat. Beispielsweise segneten sie öffentlich den unbeliebten Diktator Chun Doo-hwan nach seinem Amtsantritt (*Korea Times*, 7.8.1980), wirkten an staatlichen Kampagnen mit (*Korea Times*, 10.8.1980) und starteten immer wieder scharfe Angriffe gegen liberale protestantische Organisationen oder die katholische Kirche. In den Gottesdiensten und Predigten wurde die antikommunistische Staatsideologie meist vorbehaltlos unterstützt. Ihre Motive waren dabei – ähnlich wie bei den sozialreformerischen Christen – *genuin theologisch*: Regelmäßig wurde (und wird bis heute) in den Predigten gegen Nordkorea, den Kommunismus und die liberale Theologie gewettert. Für sie bewegten sich die Liberalen mit ihren gesellschaftlichen Reformvorstellungen in gefährlicher Nähe zum „antichristlichen“ Kommunismus. Bei den Sozialreformern stößt im Gegenzug die – ihrer Meinung nach – „fundamentalistische“ Theologie, das

⁶ Gerade unter den Presbyterianern nehmen die Laien von kirchenpolitischen Angelegenheiten wenig Notiz. Oft wissen sie nicht einmal genau, welcher Denomination sie angehören und für welche theologischen Bekenntnisse diese steht. Die Aufgabe der Denomination wird darin gesehen, die Pastoren auszubilden und beispielweise missionarische Projekte zu organisieren, mit denen die Möglichkeiten einer Einzelgemeinde überschritten werden.

⁷ Die Zahl der reformorientierten „Minjung-Gemeinden,“ in denen sich auch die Laien stark für die Lösung gesellschaftlicher Probleme engagieren, hat im Jahr 1992 mit schätzungsweise 114 ihr bisher höchstes Niveau erreicht (Chi 2000: 137). Dies entspricht einem Anteil von gerade 0,2 Prozent aller 56.286 protestantischen Gemeinden im Jahr 1990 (Kern 2001).

⁸ Ähnlich wie im Fall des NCKK gilt auch hier, dass das Engagement hauptsächlich von Priestern und Theologen getragen wurde, während die überwiegende Mehrheit der Laien sich durch einen ausgeprägten Konservatismus auszeichnet.

spirituelle Spektakel, die Ignoranz gegenüber den gesellschaftlich Benachteiligten und der ausufernde religiöse Kommerz auf Seiten der „Orthodoxen“ auf scharfe Ablehnung.

Das Thema Antiamerikanismus führte zwischen beiden Lagern immer wieder zu heftigen Kontroversen. Sozialreformerische Pastoren und Priester lösten mit ihren kritischen Stellungnahmen gegenüber den USA öffentliche Eklats aus, auf die die Orthodoxen meist mit scharfen Distanzierungen reagierten. Ein erster Höhepunkt in dieser Auseinandersetzung bildete etwa der Brandanschlag auf das US-amerikanische Kulturzentrum in Busan 1982. Kurz danach veröffentlichte eine Gruppe führender Priester und Pastoren aus dem sozialreformerischen Lager eine öffentliche Stellungnahme, in der sie die US-amerikanische Südkoreapolitik scharf kritisierten (*Korea Times*, 20.4.1982). Zwei Tage später reagierte die Korea Christian Leaders Association, der führende orthodoxe Pastoren angehörten, mit einer Erklärung, in der sie sich von dem Statement distanzierte und die Verfasser als „impure elements“ und mögliche Sympathisanten Nordkoreas denunzierte.

In den folgenden Jahren waren sozialreformerische Protestanten und Katholiken regelmäßig an Boykottmaßnahmen gegen ausländische Produkte beteiligt und spielen bis heute eine führende Rolle bei Protesten gegen das Status of Forces Agreement (SOFA). Damit übten sie vor allem innerhalb des progressiven intellektuellen Milieus und in den Medien großen Einfluss aus. Obgleich sie durch ihr öffentlichkeitswirksames Auftreten und ihre hohe gesellschaftliche Reputation immer wieder Aufmerksamkeit auf sich ziehen, ist ihre Zahl relativ gering. Im Unterschied dazu haben sich die orthodoxen Protestanten seit geraumer Zeit zu einem Zentrum für die Mobilisierung proamerikanischer und antinordkoreanischer Proteste entwickelt. Ein Beispiel ist die oben erwähnte Sympathiekundgebung für die Vereinigten Staaten vom 1. März 2003, an der sich schätzungsweise 100.000 Menschen beteiligten. Eine ähnliche Veranstaltung hat bereits am Jahresanfang 2003 stattgefunden. Zu den wichtigsten Trägern dieser Veranstaltungen gehörte der Christian Council of Korea, der größte protestantische Dachverband Südkoreas mit 62 Denominationen als Mitgliedern.

6 Ausbreitung des Antiamerikanismus

In den vorangehenden Darstellungen ist deutlich geworden, dass die zunehmende Akzeptanz des Antiamerikanismus in Südkorea eng mit strukturellen Veränderungen in den gesellschaftlichen Teilsystemen verbunden ist. Dies wurde an vier Beispielen untersucht: (a) Mit der Expansion des Bildungssystems hat sich eine akademische Elite „Made in Korea“ gebildet, die einen gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Führungspositionen fordert. (b) Mit der Demokratisierung der Politik konfrontieren progressive Kräfte aus der Zivilgesellschaft zunehmend den bisher dominierenden Regionalismus des konservativen Parteiestablishments. (c) Mit der Internationalisierung der koreanischen Ökonomie zeigt sich ein tiefer Graben zwischen den Befürwortern und den Gegnern einer protektionistischen Wirtschaftspolitik. (d) Mit der Ausbreitung des Christentums haben sich bereits in den 1970er-

Jahren die theologisch-liberalen Kräfte im intellektuellen Milieu zu maßgeblichen Kritikern der Elite entwickelt. Die orthodoxen Protestanten bilden heute eine führende Kraft der konservativen Gegenmobilisierung.

Die strukturellen Spannungen in den gesellschaftlichen Teilsystemen sind eine treibende Kraft hinter der wachsenden Sympathie für den Antiamerikanismus in Südkorea. Im Zuge der gesellschaftlichen Transformation hat sich der Antiamerikanismus zum Master Frame der „Außenseiter“ entwickelt, während die „Etablierten“ als Träger des Proamerikanismus in Erscheinung treten. Die bisherige Gesellschaftsordnung beruhte zu einem großen Teil auf dem Fundament des Proamerikanismus. Der Antiamerikanismus zielt im Gegenzug auf die Abwertung dieses Weltbildes und stellt damit offen den gesellschaftlichen Führungsanspruch des Establishments in Frage.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus? Die antiamerikanischen Proteste in Südkorea sind nur auf der Außenseite ein Ausdruck für die allgemeine Unzufriedenheit mit der US-Politik. Auf der Innenseite handelt es sich um einen von strukturellen Konflikten angetriebenen Machtkampf zwischen unterschiedlichsten Interessengruppen. Infolgedessen können die USA durch ihr außenpolitisches Verhalten – etwa gegenüber Nordkorea oder in der Frage des SOFA – nur begrenzt auf die negative Stimmung in Südkorea Einfluss nehmen. Als Master Frame der bisherigen „Außenseiter“ hat sich der Antiamerikanismus in gewisser Hinsicht verselbständigt. Mittelfristig dürfte sich deshalb an der kritischen Haltung vieler Südkoreaner kaum etwas ändern, solange die innergesellschaftlichen Spannungen wirksam bleiben: Man schlägt die USA, will damit aber (auch) das traditionelle Establishment treffen. Sofern auf dem außenpolitischen Feld alle Koordinaten stabil bleiben, ist damit zu rechnen, dass die antiamerikanischen Proteste sich erst legen, wenn die Machtfrage zwischen den Kontrahenten entschieden ist. Wie lange dies dauert und ob es überhaupt dazu kommt, ist allerdings offen.

Literatur

- Bong, Youngshik (2003), „Anti-Americanism and the US-Korea Military Alliance“, in: The Korea Economic Institute of America (Hrsg.), *Confrontation and Innovation on the Korean Peninsula*, Washington D.C.: The Korea Economic Institute of America, S.18-29
- Bourdieu, Pierre (1985), *Sozialer Raum und Klassen. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen*, Frankfurt: Suhrkamp
- Cha, Victor (2003), „America and South Korea: The Ambivalent Alliance?“, in: *Current History*, September 2003, S.279-284
- Chi, In-gyw (2000), *Minjunggemeinden in Korea. Entstehung, theologische Begründungen und Praxis*, Marburg: Philipps-Universität
- CISJD (Christian Institute for Social Justice and Development) (1988), *Lost Victory. An Overview of the Korean People's Struggle for Democracy in 1987*, Seoul: Minjungsa
- Clark, Donald N. (1988), *The Kwangju Uprising. Shadows over the Regime in South Korea*, Boulder: Westview Press

- Cumings, Bruce (1997), *Korea's Place in the Sun. A Modern History*, New York: W. W. Norton and Company
- Elias, Norbert und John L. Scotson (1993), *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt: Suhrkamp
- Gallup-Korea (2002a), „Juhan migun cheolsu“ [Abzug der in Südkorea stationierten amerikanischen Truppen, 22.12.2002], www.gallup.co.kr/news/2002, Zugriff am 11.3.2004
- Gallup-Korea (2002b), „Miguk hogamdo“ [Sympathie für die USA, 4.3.2002], www.gallup.co.kr/news/2002, Zugriff am 11.3.2004
- Gallup-Korea (2002c), „Kungmin uisik josa“ (VI) [Umfrage zum Volksbewusstsein (VI), 2.5.2002], www.gallup.co.kr/news/2002, Zugriff am 18.3.2004
- Gallup-Korea (2003a), „Hangukui pyeonghwa e nuga deo wihyeobjeoginga?“ [Wer ist für den Frieden in Korea die größere Gefahr?, 16.11.2003], www.gallup.co.kr/news/2003, Zugriff am 11.3.2004
- Gallup-Korea (2003b), „Hanbando anbo wihyeob haneun nara 'miguk' kkomnenda“ [Die USA bedrohen die Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel, 27.7.2003], www.gallup.co.kr/news/2003, Zugriff am 11.3.2004
- Gallup-Korea (2004), „Tanhaek jeongguk – chongseon yeoron josa“ [Amtsenthebungsverfahren – Meinungsumfrage zu den Parlamentswahlen, 18.3.2004], www.gallup.co.kr/news/2004, Zugriff am 20.3.2004
- Goffman, Erving (1977), *Rahmen-Analyse: Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*, Frankfurt: Suhrkamp
- Hahn, Chaibong (2003), „Anti-Americanism, Korean Style“, in: Pacific Forum CSIS (Hrsg.), *Anti-Americanism in Korea: Closing Perception Gaps (Issues & Insights)*, Honolulu: Pacific Forum CSIS, S.9-22
- Hwang, Balbina Y. (2003), „The Implications of Anti-Americanism in Korea for the Future of the U.S.-ROK Alliance“, in: *Korea Observer* 34, 1, S.41-59
- Kern, Thomas (2001), „Das andere Wachstumswunder: protestantische Kirchen in Südkorea“, in: *Zeitschrift für Soziologie* 30, 5, S.341-361
- Kern, Thomas (2002), „Mega-Kirchen in Südkorea. Eine Fallstudie am Beispiel der Yoido Full Gospel Church“, in: Patrick Köllner (Hrsg.), *Korea 2002 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S.165-196
- Kern, Thomas (2003), „Kritische Ereignisse, Memory Frames und Protest in Südkorea (1980-1987)“, in: *Berliner Journal für Soziologie* 13, 3, S.1-23
- Kim, Chung-keun (2000), „Days and Nights on the Street“, in: Henry Scott-Stokes und Jai-eui Lee (Hrsg.), *The Kwangju Uprising. Eyewitness Press Accounts of Korea's Tiananmen*, New York: M.E. Sharpe, S.3-17
- Kim, Jinwung (1994), „The Nature of of South Korean Anti-Americanism“, in: *Korea Journal* 34, 1, S.36-47
- Kim, Seung-Hwan (2002), „Anti-Americanism in Korea“, in: *The Washington Quarterly* 26, 1, S.109-122
- Kim, Stephen (2000), „The Church and Social Involvement“, in: *Peace Papers (John Paul II Peace Institute)* 4, S.1-21
- Köllner, Patrick (2002), „Die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien in Südkorea“, Arbeitspapier, Hamburg: Deutsches Übersee-Institut

- Lee, In-ho (2003), „Historic and Cultural Roots of Anti-Americanism in Korea“, in: Pacific Forum CSIS (Hrsg.), *Anti-Americanism in Korea: Closing Perception Gaps* (Issues & Insights), Honolulu: Pacific Forum CSIS, S.1-8
- Lee, Jae-bong (1994), *The Negative Images of the United States in South Korean Literature and Arts, 1945-1994*, Honolulu: University of Hawaii
- Lee, Jai-eui (2000), „Operation ‘Fascinating Vacations’“, in: Henry Scott-Stokes und Jai-eui Lee (Hrsg.), *The Kwangju Uprising. Eyewitness Press Accounts of Korea’s Tiananmen*, New York: M.E. Sharpe, S.19-40
- Lee, Jay-kyoung (1993), *Anti-Americanism in South Korea: The Media and the Politics of Signification*, Iowa City: University of Iowa
- Lee, Nae-young und Han-wool Jeong (2003), „Anti-Americanism and the ROK-U.S. Alliance“, in: *East Asian Review* 15, 4, S.23-46
- Ogle, George (1990), *South Korea: Dissent with the Economic Miracle*, London: Zed Books Ltd.
- Oh, John Kiechang (1998), „Anti-Americanism and Anti-Authoritarian Politics in Korea“, in: Ilpyong J. Kim (Hrsg.), *Two Koreas in Transition: Implications for U.S. Policy*, Rockville: Indepth Books, S.247-261
- Ortiz, Elisabeth (1999), *The Changing Faces of Anti-Americanism in South Korea: A Historical Survey*, Seoul: Korea University Graduate School of International Studies
- Risse, Nicole (2001), *The Evolution in Anti-Americanism in South Korea: From Ideologically Embedded to Socially Constructed (KSAA Conference 2001)*, Melbourne: Monash University
- Scott, James C. (1990), *Domination and the Arts of Resistance: Hidden Transcripts*, New Haven: Yale University Press
- Seth, Michael J. (2002), *Education Fever. Society, Politics, and the Pursuit of Schooling in South Korea*, Honolulu: University of Hawaii Press
- Shin, Gi-wook (1994), „The Historical Making of Collective Action. The Korean Peasant Uprisings of 1946“, in: *The American Journal of Sociology* 99, S.1596-1624
- Snow, David A. und Robert D. Benford (1992), „Master Frames and Cycles of Protest“, in: Aldon D. Morris und Carol McClurg Mueller (Hrsg.), *Frontiers in Social Movement Theory*, New Haven: Yale University Press, S.133-55
- Snow, David A. und Robert D. Benford (2000), „Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment“, in: *Annual Review of Sociology* 26, S.611-639
- Song, Ho-keun (2003), „Politics, Generation, And the Making of a New Leadership in South Korea“, in: Research Institute for Asia and the Pacific (Hrsg.), *Korea Re-examined: New Society, New Politics, New Economy?*, Sydney: Research Institute for Asia and the Pacific, S.6-21
- Suh, Nam-dong (1981), „Towards a Theology of Han“, in: Yong-bock Kim (Hrsg.), in: *Minjung Theology. People as the Subjects of History*, Singapore: CCA, S.51-66

Patrick Köllner, Hrsg.

KOREA 2004

POLITIK
WIRTSCHAFT
GESELLSCHAFT

mit
Beiträgen
von

Joachim Bertele
Heike Hermanns
Phillan Joung
Thomas Kern
Pia Kleis
Patrick Köllner
Heinrich Kreft
Harald Maass
Mascha Peters
Manfred Pohl
Bernhard Seliger
Tobias Stern



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-308-1

Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2004

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje M.A.
Redaktionsassistentz: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

<p>Korea 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2004. – 307 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-308-1</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).